Beschlussempfehlungen und Berichte**des Petitionsausschusses****zu verschiedenen Eingaben**

Inhaltsverzeichnis

1.	16/4974	Ausbildungsförderung	MWK	14.	16/5011	Gewässerschutz	UM
2.	16/5090	Justizvollzug	JuM	15.	16/4688	Bausachen	WM
3.	16/5145	Justizvollzug	JuM	16.	16/5023	Angelegenheiten des Staatsministeriums	StM
4.	16/4791	Landwirtschaft	MLR	17.	16/4953	Kommunale Angelegenheiten	IM
5.	16/4954	Kommunale Angelegenheiten	IM	18.	16/4991	Bausachen	WM
6.	16/4957	Sozialversicherung	SM	19.	16/5083	Lehrer	KM
7.	16/4972	Steuersachen	FM	20.	16/5018	Straßenwesen	VM
8.	16/5068	Vermessungswesen	MLR	21.	16/5006	Bausachen	WM
9.	16/4958	Straßenwesen	VM	22.	16/5014	Verkehr	VM
10.	16/3375	Denkmalschutz/ Denkmalpflege	WM	23.	16/5221	Justizvollzug	JuM
11.	16/4716	Schulwesen	IM	24.	16/5222	Justizvollzug	JuM
12.	16/4854	Verkehr	VM				
13.	16/4950	Kommunale Angelegenheiten	IM				

1. Petition 16/4974 betr. BAföG

Der Petent erkundigt sich danach, ob es eine Einführung von „BAföGOnline“ geben wird, wie dies schon in vielen Bundesländern geschehen sei. Der baden-württembergische Formularassistent sei veraltet und nutze die wenig verbreitete De-Mail. Des Weiteren ließen sich die Formulare nicht in andere Bundesländer exportieren. Zudem sei die Übersichtlichkeit besser und durch eine dezidierte Plattform könnten Fristen auch leichter kommuniziert werden, was eine Entlastung für Sachbearbeitende und Studierende darstelle.

Darüber hinaus wird die Frage gestellt, ob es noch Bestrebungen gäbe, die Studierendenwerke zu konsolidieren und ob im Rahmen dieses Prozesses auch der BAföG-Antragsprozess verbessert werden könne. Der Petent befürwortet auch eine Beteiligung der (Auslands-)Studierenden bei diesem Prozess.

BAföG-unabhängig formuliert der Petent, dass es sinnvoll wäre, die studentische Beteiligung stärker zu fördern und über Maßnahmen wie z. B. mehr Sitze im Verwaltungsrat sowie einer (Selbst-)Verpflichtung der Geschäftsführungen der Studierendenwerke, runde Tische für die Studierenden zu veranstalten. Denn die Studierenden seien die Gruppe, für welche die Dienstleistungen hauptsächlich erbracht werden.

Die Prüfung der Petition hat Folgendes ergeben:

Die Frage des Petenten, ob es in Baden-Württemberg eine Einführung von „BAföGOnline“ geben wird, bezieht sich auf die Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes (OZG) im Bereich des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG). Dieses Projekt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zusammen mit Sachsen-Anhalt ging in fünf Länder unter dem Namen „BAföG Digital“ am 26. Oktober 2020 in die Pilotphase. Die Anzahl der teilnehmenden Länder war vorab zwischen dem Bundesministerium für Bildung und Forschung als oberste Bundesbehörde für Ausbildungsförderung und den Landesbehörden für Ausbildungsförderung abgestimmt worden. Nach Ende der Pilotphase soll voraussichtlich im 2. Quartal 2021 der Regelbetrieb von „BAföG Digital“ starten, zu welchem dann weitere Länder das Verfahren einsetzen können. Hierzu bedarf es aber jeweils EDV-technischer Anpassungsarbeiten, sodass eine Einführung nur sukzessive möglich sein wird. Das Wissenschaftsministerium prüft derzeit noch eine Teilnahme an dem Verfahren, erkennt aber die Vorteile von „BAföG Digital“ gegenüber dem jetzigen elektronischen Antragsverfahren an. Die Ergebnisse der Pilotphase sind zudem noch abzuwarten.

Auch ohne Teilnahme an dem Verfahren „BAföG Digital“ ist Baden-Württemberg verpflichtet, die Vorgaben des OZG umzusetzen. Somit ist sichergestellt, dass die vom Petenten genannten Anforderungen an ein moderneres elektronisches BAföG-Antragsverfahren, welches Vorteile sowohl für die Sachbearbeitung als auch die Antragstellenden bietet, umgesetzt werden.

Die Frage des Petenten nach einer Konsolidierung der Studierendenwerke betreffend wird darauf hingewie-

sen, dass derzeit noch eine Organisationsuntersuchung aufgrund des Beschlusses des Landtags vom 21. Februar 2019 (vgl. Drucksache 16/4919) durchgeführt wird. Die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung werden voraussichtlich im Laufe des Jahres 2021 vorliegen.

Für die vom Petenten gewünschte Verbesserung des BAföG-Antragsprozesses bedarf es dagegen einer gesetzlichen Änderung des BAföG. Der derzeitige Antragsprozess ergibt sich aus den Vorgaben des BAföG selbst. Eine Verbesserung außerhalb eines Änderungsgesetzes ist in begrenztem Maß und unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben nur durch die BAföG-Verwaltungsvorschriften möglich.

In einem Gesetzgebungsverfahren wird der BAföG-Beirat, der nach § 44 BAföG eingerichtet ist, einbezogen. Von den 22 Mitgliedern des Beirats sind fünf aus der Gruppe der Auszubildenden (vgl. § 2 Nr. 2 Beiratsverordnung). Damit ist sichergestellt, dass die Interessen von BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger und damit der Studierenden im Gesetzgebungsverfahren berücksichtigt werden. Zudem nimmt in Gesetzgebungsverfahren das Deutsche Studentenwerk (DWS) als Dachorganisation der Studierendenwerke immer zu den jeweiligen BAföG-Änderungsgesetzentwürfen Stellung.

Am 16. Dezember 2020 hat der Landtag das Vierte Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (4. HRÄG) beschlossen. In Artikel 3 des 4. HRÄG wurden auch Änderungen des Studierendenwerksgesetzes (StWG) beschlossen, die am Tag nach der Verkündung in Kraft traten. Nach dem nun geltenden § 6 Absatz 3 StWG wird die Gruppe der Studierenden in den Verwaltungsräten der Studierendenwerke vier statt bisher drei Mitglieder stellen. Damit wurde dem Wunsch der Studierenden und damit dem des Petenten nach Stärkung der Studierendenschaft in den Verwaltungsräten nachgekommen.

Die Zusammenarbeit der Geschäftsführungen mit den Studierenden gehört zum operativen Geschäft der Studierendenwerke. In der Praxis gibt es bei mehreren Studierendenwerken einen regelmäßigen Austausch zwischen den Geschäftsführungen und den Studierenden (z. B. Studierendenwerk Freiburg, Studierendenwerk Bodensee). Dies hängt auch vom Engagement der jeweiligen Studierendenschaften vor Ort ab. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Geschäftsführungen und Studierendenvertretungen ist anzustreben. Jedoch erscheint nach den guten Erfahrungen an mehreren Standorten eine Freiwilligkeit aufgrund überzeugender Argumentation zielführender als eine gesetzliche Vorgabe. Den Studierendenvertretungen steht es daher offen, mit den Geschäftsführungen vor Ort derartige Routinen zu vereinbaren.

Beschlussempfehlung:

Soweit dem Anliegen des Petenten entsprechen werden konnte, wird die Petition für erledigt erklärt. Im Übrigen kann der Petition nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Miller

2. Petition 16/5090 betr. Gestaltung der Sicherungsverwahrung

Der Petent beschwert sich über die Unterbringungsbedingungen in der Abteilung für Sicherungsverwahrung (1.) und fordert zu deren Überprüfung und Verbesserung die Einsetzung einer „interdisziplinären Kommission“ (2.).

Zu 1.:

Gemäß § 1 Justizvollzugsgesetzbuch Buch 5 dient der Vollzug der Sicherungsverwahrung dem Ziel, die auch nach Strafvollstreckung fortbestehende Gefährlichkeit der Unterbrachten für die Allgemeinheit so zu mindern, dass die Vollstreckung der Unterbringung möglichst bald zur Bewährung ausgesetzt oder für erledigt erklärt werden kann. Die diesbezüglichen weiteren Regelungen des Justizvollzugsgesetzbuchs setzen die bundesverfassungsgerichtliche Rechtsprechung ebenso wie das hierauf gründende, seit Jahren in seinen Grundsätzen etablierte und gerichtlich überprüfte, sozialtherapeutische Gesamtkonzept der Abteilung für Sicherungsverwahrung der Justizvollzugsanstalt.

Bestandteil dieses Konzepts ist ein für jeden Sicherungsverwahrten individuelles Übergangs- und Entlassungsmanagement. Voraussetzung einer Teilnahme hieran ist allerdings – wie in allen Einrichtungen für Sicherungsverwahrung in Deutschland –, dass sich die Sicherungsverwahrten über eine erfolgreiche Teilnahme an den im Einzelfall indizierten therapeutischen Maßnahmen eine konkrete Entlassungsperspektive als Grundlage für eine zunehmende Vollzugsöffnung erarbeiten.

Zutreffend ist, dass tatsächlich aktuell eine zunehmende Zahl von Sicherungsverwahrten – abweichend von der Darstellung des Petenten jedoch im einstelligen Bereich – Verlegungsanträge in andere Länder gestellt hat oder diese Option zumindest in Betracht zieht. Soweit diese nicht im Einzelfall aus familiären Gründen erfolgen, werden die Anträge allerdings im Wesentlichen zum einen von therapieunwilligen oder von solchen Sicherungsverwahrten gestellt, bei denen es trotz vielen Jahren therapeutischer Mitarbeit noch nicht zu durchgreifenden Veränderungen ihrer Persönlichkeitsstruktur gekommen ist. Hinzu kommen Sicherungsverwahrte, die aufgrund disziplinarischer Auffälligkeiten und fehlender Absprachefähigkeit trotz Teilnahme an therapeutischen Maßnahmen als nicht lockerungsgerecht eingeschätzt werden.

Abweichend von der Darstellung des Petenten werden schriftlich begründete Anträge auf Verlegung in eine Einrichtung für Sicherungsverwahrung eines anderen Landes durch die Justizvollzugsanstalt inhaltlich nach den Vorgaben des Justizvollzugsgesetzbuchs geprüft und mit den jeweiligen Unterbrachten besprochen. Ist der Antrag aus Sicht der Justizvollzugsanstalt begründet, erfolgt über das Ministerium der Justiz und für Europa nach erneuter inhaltlicher Prüfung eine Anfrage in dem in Frage kommenden Land.

Da allerdings fast alle Einrichtungen für Sicherungsverwahrung einem erheblichen Belegungsdruck un-

terliegen, können derartige aus Gründen der Resozialisierung gebotene Verlegungen aktuell in der Regel nur bei gleichzeitiger Übernahme eines verlegungsbedingten Sicherungsverwahrten erfolgen, der seinerseits Interesse an einer Verlegung in die Abteilung für Sicherungsverwahrung der Justizvollzugsanstalt hat. Ein solches Verlegungsverfahren kann – ohne dass die Justizvollzugsanstalt Einfluss auf die Entscheidung der aufnehmenden Anstalt hat – längere Zeit dauern, worüber die betroffenen Sicherungsverwahrten auch aufgeklärt werden. Das Erlernen der – mitunter auch in Freiheit – gebotenen Akzeptanz einer gegebenenfalls längeren Verfahrensdauer ist dabei Teil des therapeutischen Prozesses.

Demgegenüber müssen Verlegungen von Sicherungsverwahrten, die in der Justizvollzugsanstalt aus Gründen der Sicherheit nicht weiter untergebracht werden können (sogenannte Sicherheitsverlegungen), aufgrund der Dringlichkeit grundsätzlich zeitnah und unabhängig von einem konkreten Tauschpartner erfolgen. Dass verlegungswillige Sicherungsverwahrte hieraus ableiten könnten, mit einem sicherheitsrelevanten Verhalten eine gewünschte Verlegung beschleunigen zu können, lässt sich dabei nicht vermeiden. Auch eingedenk dessen kommt ein Verzicht auf derartige Verlegungen, um ein „Lernen am Modell“ zu verhindern, ersichtlich nicht in Betracht. Die Sicherungsverwahrten wurden und werden in therapeutischen Gesprächen immer wieder darauf hingewiesen, dass ein Neuanfang in einer anderen Einrichtung nach einer Sicherheitsverlegung erheblich erschwert ist.

Vom Petenten in diesem Zusammenhang behauptete strukturelle, im Fehlen eines Zugangs zum Internet beziehungsweise zu modernen Medien gründende Defizite in der Abteilung für Sicherungsverwahrung, welche die Begehung von Straftaten begünstigten, liegen nicht vor. Ungeachtet dessen, dass sich der vom Petenten hergestellte Zusammenhang zwischen dem Fehlen eines Internetzugangs und dem von ihm angesprochenen sicherheitsrelevanten Verhalten verschiedener Sicherungsverwahrter nicht erschließt, besteht kein gesetzlicher Anspruch auf die Nutzung des Internets im Justizvollzug. Hintergrund ist, dass ein Missbrauch zur Vorbereitung oder zur Begehung von Straftaten – etwa der Abwicklung von illegalen Betäubungsmittelgeschäften oder des Konsums und Tauschs von Kinderpornografie – im geschlossenen Justizvollzug nicht hinreichend sicher auszuschließen ist, zumal in der Sicherungsverwahrung auch solche Verurteilte untergebracht sind, die durch Verweigerung von Therapiemaßnahmen und Verstrickungen in die Subkultur auffallen. Dementsprechend steht den Sicherungsverwahrten im geschlossenen Vollzug lediglich ein nicht internetfähiger PC mit Drucker im Freizeitraum der jeweiligen Station zur Verfügung. Die Ausstattung mit digitalen Medien ist demgegenüber in der Freigängereinrichtung untergebrachten und einer externen Beschäftigung nachgehenden Sicherungsverwahrten vorbehalten; diese können grundsätzlich unter anderem Smartphones oder Tablets nutzen, sofern sie damit einverstanden sind, dass ihr Umgang damit im Rahmen der Therapie kontrolliert und begleitet wird. Im Vergleich zu Strafgefangenen we-

sentlich bessere technische Möglichkeiten der Aufrechterhaltung von Außenkontakten stehen den Sicherungsverwahrten allerdings in Form der Zimmertelefonie zur Verfügung; inzwischen können sie auch von außerhalb auf ihren Zimmertelefonen angerufen werden. Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass auch die Sicherungsverwahrten seit April 2020 die Möglichkeit der Wahrnehmung sogenannter Skype-Besuche haben.

Lediglich ergänzend ist zu bemerken, dass Durchsuchungen der Zimmer der Sicherungsverwahrten und der dort befindlichen Gegenstände entsprechend den gesetzlichen Vorgaben durchgeführt werden. Dass sie erforderlich sind, zeigt eindrücklich der vom Petenten selbst in Bezug genommene Sachverhalt des Fundes einer selbst gebastelten Armbrust im Zimmer eines Sicherungsverwahrten.

Zu 2.:

Veranlassung zur Gründung einer gesetzlich nicht vorgesehenen „interdisziplinären Kommission“ zur Überprüfung der Unterbringungsbedingungen der Sicherungsverwahrten der Justizvollzugsanstalt besteht angesichts der obigen Ausführungen nicht.

Das Vorgehen der Justizvollzugsanstalt ist nicht zu beanstanden.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Beck

3. Petition 16/5145 betr. Sicherungsverwahrung, Nutzung des Internets bei Ausführungen

Der Petent beanstandet, bei Ausführungen bisher keinen Zugang zum Internet erhalten zu haben.

Ein gesetzlicher Anspruch auf die Nutzung des Internets durch Sicherungsverwahrte im Justizvollzug besteht nicht. Hintergrund ist, dass ein Missbrauch zur Vorbereitung oder zur Begehung von Straftaten – etwa der Abwicklung von illegalen Betäubungsmittelgeschäften oder des Konsums und Tauschs von Kinderpornografie – im geschlossenen Justizvollzug nicht hinreichend sicher auszuschließen ist, zumal in der Sicherungsverwahrung auch solche Verurteilte untergebracht sind, die durch Verweigerung von Therapiemaßnahmen und Verstrickungen in die Subkultur aufpassen.

Die Ausstattung mit digitalen Medien ist demgegenüber den in einer Freigängereinrichtung untergebrachten und einer externen Beschäftigung nachgehenden Sicherungsverwahrten vorbehalten; diese können grundsätzlich unter anderem Smartphones oder Tablets nutzen, sofern sie damit einverstanden sind, dass ihr Umgang damit im Rahmen der Therapie regelmäßig kontrolliert und begleitet wird.

Soweit im geschlossenen Vollzug untergebrachte Sicherungsverwahrte in der Vergangenheit in Einzelfällen beantragt hatten, bei einer der gesetzlich vorgeschriebenen vier jährlichen Ausführungen nach § 11 Absatz 3 Justizvollzugsgesetzbuch Buch 5 ein Internetcafé besuchen zu dürfen, um dort das Internet nutzen zu können, wurden diese Anträge grundsätzlich durch die Justizvollzugsanstalt genehmigt, wenn die Bereitschaft der Sicherungsverwahrten vorlag, dass die Bediensteten mitverfolgen können, welche Seiten besucht werden.

Sobald der Petent einen entsprechenden Antrag bei der Anstalt stellt, wird dieser entlang dieser Vorgaben geprüft werden. Soweit der Petent beanstandet, bei bisherigen Ausführungen keine Erlaubnis zur Internetnutzung erhalten zu haben, liegt dies daran, dass es sich hierbei um Ausführungen zu Bekannten des Petenten handelte und den Bediensteten bei Ausführungen in Privathaushalte die Mitverfolgung des Browserverlaufs auf dort installierten Computern nicht ohne weiteres möglich war.

Das Vorgehen der Justizvollzugsanstalt ist nicht zu beanstanden.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Miller

4. Petition 16/4791 betr. Biologische, dynamische und organische Bewirtschaftung des Schwarzwaldes

Der Petent begehrt, dass der Schwarzwald biologisch, dynamisch und organisch bewirtschaftet wird.

Die Prüfung der Petition hat Folgendes ergeben:

– Waldbewirtschaftung

Die Wälder im Schwarzwald zeichnen sich durch eine Vielfalt an Waldbildern und auch Eigentumsverhältnissen aus. Grundsätzlich gilt für alle Waldbesitzer nach § 12 Landeswaldgesetz die Pflicht, den Wald nach anerkannten forstlichen Grundsätzen nachhaltig, pfleglich, planmäßig und sachkundig zu bewirtschaften sowie die Belange der Umweltvorsorge zu berücksichtigen.

Die heutige Gesellschaft stellt hohe Ansprüche an den Wald. Er soll Holz liefern, dem Wild sowie seltenen Tieren und Pflanzen einen Lebensraum bieten, zu Spaziergängen einladen, für saubere Luft, ausgeglichenes Klima sowie frisches Wasser sorgen und den Boden schützen. Auch die Waldbesitzer erwarten von ihrem Wald Leistungen. Sie wollen Holz wirtschaftlich nutzen, nicht zuletzt, um mit den Erträgen die Waldpflege finanzieren zu können. Aus diesem Anforderungspaket an den Wald entstand die Leitidee der multifunktionalen naturnahen Waldwirtschaft.

Diese Leitidee fußt auf dem Nachhaltigkeitsgrundsatz und wird in den Wäldern des Schwarzwaldes seit Jahrzehnten aktiv angewandt. Die Vielfalt der Waldbesitzer und ihrer Zielsetzungen spiegelt sich auch in den Waldbildern wieder.

Im Klimawandel ist der Wald gleichzeitig Opfer und Helfer: Wälder und Klima sind eng miteinander verbunden. Die sensiblen Lebensgemeinschaften von Pflanzen und Tieren haben sich an das jeweilige Regionalklima mit bestimmten Temperatur- und Niederschlagsbedingungen angepasst, sodass ein Klimawandel hin zu wärmerem Wetter mit lange anhaltenden Trockenphasen zu den aktuell deutlich sichtbaren Waldschäden führt. Auf der anderen Seite liefert der Wald auch einen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz. Deutschlandweit speichern Wälder in der Biomasse und im Waldbodenumhumus über zwei Milliarden Tonnen Kohlenstoff.

Die Landesforstverwaltung Baden-Württemberg unterstützt die Waldbesitzer intensiv durch Beratung und Förderprogramme dabei, die Wälder nachhaltig zu bewirtschaften und klimastabil zu entwickeln. Um dabei auch den zukünftigen Anforderungen gerecht werden zu können, wird aktuell gemeinsam mit den Akteuren des Waldsektors die Waldstrategie Baden-Württemberg 2050 entwickelt.

– Landbau

Die Aussage in der Petitionsschrift, dass mit biologisch-dynamischer Wirtschaftsweise mehr Humus aufgebaut werden kann als mit anderen Methoden des ökologischen Landbaus, ist so nicht korrekt.

Zunächst ist festzustellen, dass in Bezug auf diese Themenlage sehr wenige direkte wissenschaftliche Vergleiche zwischen biologisch-dynamischer und anderen biologischen Anbauverfahren vorhanden sind.

In einer Studie von 2007 wurde die prozentuale Veränderung der Humusgehalte in verschiedenen Anbausystemen (biologisch-dynamisch; biologisch; konventionell mit Mistdüngung; konventionell mit Mineraldünger) über die Jahre 1978 bis 1998 untersucht.

Der Humusgehalt war im biologisch-dynamischen Anbauverfahren höher als im organischen. Der höheren Humusgehalt bei biologisch-dynamischer Bewirtschaftung ist jedoch nicht auf eine Humusanreicherung zurückzuführen, sondern auf eine bessere Konservierung desselben, denn der Humusgehalt des biologisch-dynamischen Systems nahm während des Versuchszeitraums gegenüber dem Ausgangswert nicht zu.

Dieselben Ergebnisse wurden in einem Langzeitversuch gefunden. In diesem Versuch brachte die Düngung mit Rottemist und Anwendung aller biologisch-dynamischer Präparate zwar einen höheren Humusgehalt als die selbe Düngung ohne Präparate, jedoch stellte auch er keine Steigerung des Humusgehaltes gegenüber dem Ausgangsniveau fest.

Ebenso wurde bei zehnjährigen Düngeversuchen mit biologisch-dynamischer Stallmist- oder Güllegabe keine Humuszunahme relativ zur Kontrolle (Stall-

mist- bzw. Gülle-Düngung ohne biologisch-dynamische Präparate) gefunden.

Zusammenfassend ist eine bessere Konservierung des Humus durch biologisch-dynamischen Anbau also möglich, eine zusätzliche Anreicherung von Kohlenstoff im Boden kann jedoch mit wissenschaftlichen Versuchsergebnissen nicht belegt werden. Dafür gibt es neben der Wirtschaftsweise eine Reihe weiterer Aspekte, die Einfluss auf das Thema Humus haben.

Das heißt, gegenüber dem biologischen Landbau ohne Präparateanwendung besteht kein nachweislicher Vorteil bezüglich des Humusaufbaus.

Der Anteil der ökologisch bewirtschafteten landwirtschaftlichen Nutzflächen liegt in der Region des Schwarzwaldes vergleichsweise hoch, da es einen hohen Grünlandanteil in den Höhenlagen gibt. Insbesondere im Hochschwarzwald ist der ökologische Landbau stark vertreten.

Durchschnittlich werden 13,2 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Baden-Württemberg und 9,7 Prozent bundesweit ökologisch bewirtschaftet. Der Anteil steigt in Baden-Württemberg stetig an. So wurden im Jahr 2009 noch rund sieben Prozent der landwirtschaftlichen Fläche nach den Richtlinien des ökologischen Landbaus bewirtschaftet. Auf Grünlandstandorten ist der Anteil an Ökofläche besonders hoch und wächst weiter. So ist nicht nur landesweit, sondern insbesondere in der Höhenlandwirtschaft mit einem hohen Grünlandanteil wie im Schwarzwald ein weiterer Anstieg der ökologischen Landwirtschaft zu erwarten.

Derzeit wird etwa jede/-r vierte Auszubildende im Beruf Landwirt/-in auf einen Ökolandbau-Ausbildungsbetrieb ausgebildet.

Die überbetrieblichen Ausbildungsstätten in der Tierhaltung, das Landwirtschaftliche Zentrum Baden-Württemberg (LAZBW) im Bereich Grünlandwirtschaft und Futterbau sowie die Landesanstalt für Schweinezucht Boxberg (LSZ) haben in ihre Veranstaltungen für die Auszubildenden verstärkt Themen des ökologischen Landbaus aufgenommen.

Darüber hinaus organisieren die Ausbildungsberaterinnen und Ausbildungsberater an den unteren Landwirtschaftsbehörden für die Auszubildenden im Beruf Landwirt/Landwirtin drei Ausbildungstreffen pro Jahr. Auch hier werden aktuelle Öko-Themen aufgegriffen. So wurde landesweit vereinbart, dass sich eines der Ausbildungstreffen dem Ökolandbau widmet.

Die landwirtschaftlichen Landesanstalten und die Ämter für Landwirtschaft nehmen eine wesentliche Rolle ein, wenn es darum geht, die Ausbilderinnen und Ausbilder der Landwirtschaft auf dem aktuellen Kenntnisstand zu halten. Sie bieten zu den aktuellen Themen umfangreiche berufliche Weiterbildungsangebote – Seminare, Vorträge, Exkursionen – an, die auch den Ausbilderinnen und Ausbildern im Schwarzwald offenstehen, z. B. der Workshop Kälberaufzucht im Öko-Landbau (LAZBW). Einige Weiterbildungsangebote sind speziell auf diese Zielgruppe ausgerichtet.

Neben der beruflichen Ausbildung hat das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz ein landesweites Kompetenzzentrum für ökologische Wirtschaftsweise eingerichtet, um den ökologischen Landbau zu stärken. Das Kompetenzzentrum Ökologischer Landbau Baden-Württemberg (KÖLBW) ist auf der Staatsdomäne Emmendingen-Hochburg angesiedelt. Drei Partner aus den Bereichen Bildung, Forschung und Praxis sind daran beteiligt:

- das Landwirtschaftliche Bildungszentrum Emmendingen-Hochburg (LBZ),
- das Landwirtschaftliche Technologiezentrum Augustenberg (LTZ) mit seiner Außenstelle Referat Ökologischer Landbau und
- das nach biologisch-dynamischen Richtlinien bewirtschaftete Hofgut Domäne Hochburg.

Am LBZ wurde in der Fortbildung im Jahr 2013 ein neues Angebot geschaffen und eine Fachschulklasse für den ökologischen Landbau eingerichtet, die zum Abschluss „Staatlich geprüfte/-r Wirtschaftler/-in für Landwirtschaft, Fachgebiet Ökologischer Landbau“ führt. Die zweijährige Fortbildung erfreut sich einer großen Nachfrage und steigender Teilnehmerzahlen und ist der einzige seiner Art in Baden-Württemberg. Die überwiegende Anzahl der angehenden Wirtschaftlerinnen und Wirtschaftler kommt aus Baden-Württemberg. Viele kommen aus dem Schwarzwald. Hierbei werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer schwerpunktmäßig auf die Bewirtschaftung und Leitung von ökologischen Betrieben vorbereitet.

Beschlussempfehlung:

Die Petition wird insoweit für erledigt erklärt, als wie oben dargestellt die rechtlichen und förderrechtlichen Möglichkeiten ausgenutzt werden, um den Schwarzwald zunehmend ökologisch zu bewirtschaften. Darüber hinaus kann der Petition nicht abgeholfen werden.

Berichterstatte(r)in: Braun

5. Petition 16/4954 betr. Erhalt und Pflege einer Grabstätte nach dem Gräbergesetz in Unteralfpen

Der Petent bringt vor, dass der Grabstein des Grabes eines polnischen Zwangsarbeiters auf dem Friedhof in Albrück-Unteralfpen Pflegemängel aufweise. Der Petent führt weiter aus, dass das Grab und der Grabstein Verwitterungsspuren aufwies. So seien der Name sowie das Geburts- und Sterbedatum schlecht zu erkennen.

Die Prüfung der Petition hat Folgendes ergeben:

Das vom Petenten angeführte Kriegsgrab ist ein Grab, das unter das Gesetz über die Erhaltung der Gräber

der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft (Gräbergesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Januar 2012 das zuletzt durch Artikel 3 Absatz 2 des Gesetzes vom 4. Dezember 2018 geändert worden ist, fällt.

Die Kriegsgräberstätten werden von den jeweiligen Friedhofsträgern (in Baden-Württemberg: Städte, Stadtkreise und Gemeinden) gepflegt und unterhalten. Danach ist die Gemeinde Albrück als Friedhofsträger zuständig für die Pflege und Erhaltung des Kriegsgrabes auf dem Friedhof in Albrück-Unteralfpen. Dieser Verpflichtung kommt die Gemeinde nach eigener Darstellung nach. Die Gemeinde führt dazu aus, dass das Kriegsgrab regelmäßig von einem Gärtner gepflegt werde. Das Grab werde dreimal im Jahr frisch bepflanzt. Weiter führt die Gemeinde aus, dass die Verwitterungsspuren auf dem Grabstein angesichts des Alters nicht zu vermeiden seien. Es sei jedoch beabsichtigt, den Grabstein des Grabes im kommenden Jahr zu reinigen und die Schrift auszubessern, damit sie wieder gut lesbar sei.

Das Gräbergesetz hat gemäß § 1 Absatz 1 den Zweck, der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft in besonderer Weise zu gedenken und für zukünftige Generationen die Erinnerung daran wach zu halten, welche schrecklichen Folgen Krieg und Gewaltherrschaft haben. Diese an die Gegenwart und Zukunft gerichtete Mahnung und Friedensbotschaft prägen den Charakter des Gesetzes, nicht ein einzelnes Grab.

Die fiskalische Verantwortung für den dauerhaften Erhalt und die Pflege von Kriegsgräbern auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland liegt in der Zuständigkeit des Bundes. Sie wird in der Weise wahrgenommen, dass in Form von jährlichen Pauschalen Bundesmittel an die Bundesländer weitergegeben werden, damit diese den ihnen in eigener Zuständigkeit liegenden Auftrag des dauerhaften Erhalts und der Pflege der Kriegsgräber umsetzen können. Die Kriegsgräberstätten werden von den jeweiligen Friedhofsträgern gepflegt und unterhalten. Das Land Baden-Württemberg gibt die jährlichen Pauschalen des Bundes an die Friedhofsträger weiter.

Auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland richtet sich die Gestaltung von Kriegsgräbern nach der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Gräbergesetz (GräbVwV) vom 12. September 2007. Danach sollen die Gräber eine deckende, winterharte Bepflanzung erhalten und sind einheitlich mit einfachen, würdig gestalteten dauerhaften Grabzeichen zu versehen. Auch sollen u. a. auf dem Grabzeichen in gut lesbarer, dauerhafter Schrift mindestens Vor- und Familienname, Geburts- und Todestag des Bestatteten angegeben werden. Nach der GräbVwV sind die Gräber einschließlich der Grabzeichen und Bepflanzung in einem gepflegten Zustand zu erhalten.

Die Gemeinde Albrück wird im Jahr 2021 die erforderlichen Maßnahmen einleiten, damit sich das Kriegsgrab auf dem Friedhof in Albrück-Unteralfpen weiterhin in einem den gesetzlichen Vorgaben entsprechenden Erhaltungs- und Pflegezustand befindet. Im Hinblick auf den in Rede stehenden Grabstein

wird durch die beabsichtigten Maßnahmen auch die Lesbarkeit der Inschrift verbessert.

Beschlussempfehlung:

Die Petition wird im Hinblick auf die in Aussicht gestellten Erhaltungs- und Pflegemaßnahmen für erledigt erklärt.

Berichterstatlerin: Braun

6. Petition 16/4957 betr. Angelegenheit der AOK

Der Petent beschwert sich über das Verwaltungsverfahren der AOK Baden-Württemberg im Hinblick auf die Beitragsfestsetzung seiner freiwilligen Versicherung als Selbstständiger. Er trägt sinngemäß vor, dass er mit der Beitragshöhe nicht einverstanden sei und nunmehr erwarte, dass sich der Petitionsausschuss seiner Angelegenheit annimmt und die Folgen seiner fehlenden Mitwirkung heilt.

Die Prüfung der Petition hat Folgendes ergeben:

Aufgrund fehlender Mitwirkung des Petenten wurden die kalendertäglichen beitragspflichtigen Einnahmen in dem Zeitraum 1. November 2016 bis 31. März 2018 in Höhe des dreißigsten Teils der monatlichen Beitragsbemessungsgrenze festgesetzt. Die AOK hat die BeitragsEinstufung des Petenten mit Bescheid vom 9. November 2020 jedoch korrigiert, da in einem persönlichen Gespräch am 2. November 2020 vom Petenten Angaben zu den Einkommensverhältnissen in den Jahren 2016 bis 2018 gemacht wurden, die es der AOK ermöglichten, den Beitrag auch rückwirkend in Höhe der gesetzlichen Mindeststufe zur Beitragsberechnung zu korrigieren.

Die AOK Baden-Württemberg geht nunmehr davon aus, dass diese Korrektur im Sinne des Petenten sei. Dennoch habe man den Petenten nochmals auf seine gesetzlich verankerten Mitwirkungspflichten hingewiesen und ihm die Folgen einer fehlenden Mitwirkung aufgezeigt.

Nach § 240 Sozialgesetzbuch Fünftes Buch (SGB V) wird die Beitragsbemessung für freiwillige Mitglieder einheitlich durch den Spitzenverband Bund der Krankenkassen geregelt. Dabei ist sicherzustellen, dass die Beitragsbelastung die gesamte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des freiwilligen Mitglieds berücksichtigt; sofern und solange Mitglieder Nachweise über die beitragspflichtigen Einnahmen auf Verlangen der Krankenkasse nicht vorlegen, gilt als beitragspflichtige Einnahmen für den Kalendertag der dreißigste Teil der monatlichen Beitragsbemessungsgrenze (§ 223 SGBV).

§ 206 SGBV schreibt vor, dass Versicherte der Krankenkasse auf deren Verlangen über alle für die Feststellung der Versicherungs- und Beitragspflicht und für die Durchführung der der Krankenkasse übertra-

genen Aufgaben erforderlichen Tatsachen unverzüglich Auskunft zu erteilen haben. Dies bedeutet, dass der Versicherte verpflichtet ist, die konkreten Fragen der Krankenkasse zu beantworten und darüber hinaus von sich aus Auskünfte zu geben, die für ihn erkennbar Einfluss auf die Durchführung des Versicherungsverhältnisses haben. Die Mitteilung ist der Krankenkasse unverzüglich, d. h. ohne schuldhaftes Zögern zu machen. Die Krankenkasse ermittelt den für ihre Entscheidung notwendigen Sachverhalt von Amts wegen (§ 20 SGB X). Über erforderliche Beweismittel entscheidet sie nach pflichtgemäßem Ermessen (§ 21 SGB X). Sie kann sich auf die Auskunft oder Mitteilung des Beteiligten verlassen oder verlangen, geeignete Unterlagen in ihren Geschäftsräumen unverzüglich vorgelegt zu bekommen. Entstehen der Krankenkasse durch eine Verletzung der Pflichten des Versicherten zusätzliche Aufwendungen, kann sie von dem Verpflichteten die Erstattung verlangen.

Für Zeiträume, für die der Krankenkasse hinreichende Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die beitragspflichtigen Einnahmen des Mitglieds die jeweils anzuwendende Mindestbeitragsbemessungsgrundlage nicht überschreiten, hat sie die Beiträge des Mitglieds neu festzusetzen (§ 240 Absatz 1 Satz 4 SGB V – Sozialklausel).

Hinsichtlich der seitens des Petenten monierten Vollstreckungsmaßnahmen stellt sich die Rechtslage wie folgt dar:

Nach § 76 Sozialgesetzbuch Viertes Buch (SGB IV) sind die von den Mitgliedern zu zahlenden Beiträge von der gesetzlichen Krankenkasse rechtzeitig und vollständig zu erheben. Der Versicherungsträger ist daher gesetzlich verpflichtet, den Eingang der Beiträge zu überwachen, anzumahnen, den Eintritt der Verjährung und den Ablauf von Ausschlussfristen zu verhindern und den Anspruch gegebenenfalls durch Zwangsmittel durchzusetzen.

Ausnahmen von dem Grundsatz, die Einnahmen rechtzeitig und vollständig zu erheben, ergeben sich durch die Veränderung von Ansprüchen wegen Stundung, Niederschlagung oder Erlass. Dabei gilt, dass der Versicherungsträger Ansprüche

1. nur stunden darf, wenn die sofortige Einziehung mit erheblichen Härten für die Anspruchsgegner verbunden wäre und der Anspruch durch die Stundung nicht gefährdet wird,
2. nur niederschlagen darf, wenn feststeht, dass die Einziehung keinen Erfolg haben wird, oder wenn die Kosten der Einziehung außer Verhältnis zur Höhe des Anspruchs stehen und
3. nur erlassen darf, wenn deren Einziehung nach Lage des einzelnen Falles unbillig wäre (unter den gleichen Voraussetzungen können bereits entrichtete Beiträge erstattet oder angerechnet werden).

Die gesetzlich möglichen Ausnahmefälle bei der Erhebung von Beiträgen haben die Krankenkassen nach ihrem pflichtgemäßen Ermessen anzuwenden, wobei strenge Maßstäbe anzulegen sind.

Ergebnis:

Unter Berücksichtigung der dargestellten Rechtslage bestehen keine Anhaltspunkte, dass die Bearbeitung der Angelegenheit durch die AOK Baden-Württemberg dem geltenden Recht widerspricht.

Die Kontaktaufnahme der AOK Baden-Württemberg mit dem Petenten und die nochmalige Überprüfung des zugrundeliegenden Sachverhalts sollte dem Vorbringen des Petenten zum größten Teil Rechnung tragen.

Beschlussempfehlung:

Die Petition wird im Hinblick auf die Korrektur der Beitragseinstufung mit Bescheid der AOK Baden-Württemberg vom 9. November 2020 für erledigt erklärt.

Berichterstatter: Epple

7. Petition 16/4972 betr. Steuersache**I. Gegenstand der Petition**

Der Petent wendet sich gegen den Einkommensteuerbescheid 2019 sowie gegen die Festsetzung von Vorauszahlungen zur Einkommen- und Kirchensteuer für die Jahre 2020 und 2021. Er könne die Höhe der Steuernachzahlung und der Vorauszahlungen nicht nachvollziehen. Insbesondere könne er nicht nachvollziehen, dass man für bezogene Altersrenten Steuern zahlen müsse.

II. Sachverhalt

Der Petent übermittelte am 14. Mai 2020 seine Einkommensteuererklärung 2019 elektronisch an das Finanzamt. Mit Schreiben vom 29. Juni 2020 bat das Finanzamt um Einreichung der Einnahmen-Überschuss-Rechnung 2019 (Anlage EÜR) für das Gewerbe „Kunsthandel“, die der Petent dann mit erläutern den Schreiben vom 30. Juni 2020 nachreichte.

Daraufhin setzte das Finanzamt durch Bescheid vom 16. Juli 2020 für das Jahr 2019 Einkommensteuer in Höhe von 1.037 Euro sowie Solidaritätszuschlag von 13 Euro und evangelische Kirchensteuer von 82,96 Euro fest.

Nach den Unterlagen des Finanzamts betrug die als Betriebsausgaben im Jahr 2019 abzugsfähige Umsatzsteuer im Betrieb „Kunsthandel“ insgesamt 3.388,19 Euro. In den Erläuterungen zum Einkommensteuerbescheid 2019 wurde daher u. a. ausgeführt, dass – entgegen dem auf der übermittelten Anlage EÜR ausgewiesenen Wert von 2.613,97 Euro – die gezahlte und ggf. verrechnete Umsatzsteuer in Höhe von 3.388,19 Euro berücksichtigt wurde. Außerdem wurde darauf hingewiesen, dass die Werte zur Besteuerung von Renten als sonstige Einkünfte auf Daten beruhen, die der Rentenversicherungsträger der Finanzverwaltung mitgeteilt hat.

Die Steuerfestsetzung führte zu einer Nachzahlung von 1.132,96 Euro. Daneben enthielt der Einkommensteuerbescheid 2019 die Festsetzung von Vorauszahlungen zum 10. September 2020 und zum 10. Dezember 2020 von Einkommensteuer in Höhe von jeweils 489 Euro und von Kirchensteuer in Höhe von jeweils 39 Euro sowie von vierteljährlichen Vorauszahlungen für das Jahr 2021 in Höhe von jeweils 244 Euro Einkommensteuer und 19 Euro Kirchensteuer.

Mit Schreiben vom 17. Juli 2020 beantragte der Petent mit Hinweis auf die schlechte Auftragslage seines Gewerbebetriebs „Sicherheitsbüro“, die zum 20. August 2020 fällige Nachzahlung von 1.132,96 Euro in zwei Raten zum 20. August 2020 und zum 20. September 2020 begleichen zu können. Diesem Antrag wurde mit Stundungsbescheid vom 20. Juli 2020 stattgegeben.

Darüber hinaus beantragte der Petent, die zum 10. September 2020 und zum 10. Dezember 2020 festgesetzten Vorauszahlungen auf 0 Euro herabzusetzen. Als Begründung führte er den durch die Corona-Pandemie aufgrund abgesagter Veranstaltungen resultierenden Umsatzeinbruch bei seinen gewerblichen Einkünften an. Das Finanzamt setzte daraufhin durch geänderten Vorauszahlungsbescheid vom 30. Juli 2020 die Vorauszahlungen zum 10. September 2020 und zum 10. Dezember 2020 auf jeweils 385 Euro Einkommensteuer sowie 30 Euro Kirchensteuer herab. Die Vorauszahlungen für das Jahr 2021 wurden entsprechend herabgesetzt (pro Quartal jeweils 192 Euro Einkommensteuer sowie 15 Euro Kirchensteuer). Dabei führte das Finanzamt in den Erläuterungen zum Vorauszahlungsbescheid aus, dass bei der Bemessung der Vorauszahlungen die gewerblichen Einkünfte antragsgemäß nicht berücksichtigt worden seien.

Mit Schreiben vom 31. Juli 2020 legte der Petent gegen den geänderten Vorauszahlungsbescheid Einspruch ein und wies erneut auf den Umsatzrückgang in seinem Betrieb „Sicherheitsbüro“ hin. Er beantragte, die Vorauszahlungen auf 0 Euro herabzusetzen.

Daraufhin teilte das Finanzamt dem Petenten mit Schreiben vom 3. August 2020 mit, dass die Vorauszahlungen auf den Vermietungseinkünften sowie den Renteneinkünften basieren. Gewerbliche Einkünfte seien lediglich in Höhe von –116 Euro (Verlust aus dem Gewerbebetrieb „Kunsthandel“) berücksichtigt worden.

III. Rechtliche Würdigung**1. Einkommensteuerfestsetzung 2019**

Der am 16. Juli 2020 ergangene Einkommensteuerbescheid 2019 wurde mit Ablauf der Einspruchsfrist am 19. August 2020 bestandskräftig. Ein Einspruch war nicht eingelegt worden.

Gewinneinkünfte:

Eine erneute Überprüfung des Einkommensteuerbescheids 2019 ergab, dass der im Bescheid berücksichtigte Gewinn aus dem Gewerbebetrieb „Sicherheits-

büro“ fälschlicherweise mit dem vom Petenten erklärten Wert von 1.304 Euro angesetzt wurde. Entgegen dem im Einkommensteuerbescheid 2019 enthaltenen Erläuterungen änderte das Finanzamt den Gewinn nicht ab. Vielmehr wurde bei den Betriebsausgaben entsprechend der Erklärung des Petenten in der Einnahmen-Überschuss-Rechnung gezahlte Umsatzsteuer in Höhe von 2.613,97 Euro berücksichtigt. Die tatsächlich in 2019 als Betriebsausgaben abzugsfähige Umsatzsteuer beträgt jedoch 3.388,19 Euro. Dies hat zur Folge, dass der Gewinn aus dem Gewerbebetrieb „Sicherheitsbüro“ im Einkommensteuerbescheid 2019 um 774 Euro zu hoch angesetzt ist. Im Hinblick auf die Erläuterungen im Einkommensteuerbescheid 2019 handelt es sich offensichtlich um einen Übertragungsfehler des Finanzamts. Dieser Fehler kann gemäß § 129 Abgabenordnung (Korrektur offener Unrichtigkeiten) korrigiert und der Gewinn auf 530 Euro herabgesetzt werden. Das Finanzamt wird angewiesen, eine entsprechende Änderung des Einkommensteuerbescheids 2019 durchzuführen. Die Einkommensteuer mindert sich dadurch um 143 Euro, die Kirchensteuer um 11,44 Euro sowie der Solidaritätszuschlag um 13 Euro (Erstattung insgesamt 167,44 Euro).

Renteneinkünfte:

Darüber hinaus ist der am 16. Juli 2020 ergangene Einkommensteuerbescheid 2019 rechtsfehlerfrei. Dabei gilt für die Renteneinkünfte:

Die Neuregelung der Rentenbesteuerung durch das im Jahr 2005 in Kraft getretene Alterseinkünftegesetz sieht eine zunehmend nachgelagerte Besteuerung der Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung vor. Bei jedem neuen Rentnerjahrgang wird ein höherer Teil der Rente besteuert. Im Gegenzug werden die Beiträge zur Altersvorsorge zunehmend steuerfrei gestellt.

Der Petent bezieht seit dem Jahr 2015 eine Altersrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Altersrente wird lediglich mit dem sogenannten Besteuerungsanteil in die Berechnung der Einkommensteuer einbezogen. Dieser Besteuerungsanteil richtet sich nach dem Jahr des Rentenbeginns. Bei Rentenbezug im Jahr 2015 beträgt der Besteuerungsanteil 70 % (§ 22 Nr. 1 S. 3 Buchst. a Doppelbuchst. aa Einkommensteuergesetz – EStG). Daraus ergibt sich im Jahr 2015 ein steuerfreier Rentenbetrag in Höhe von 5.526 Euro. Dieser Betrag bleibt in sämtlichen Folgejahren steuerfrei, so auch im Einkommensteuerbescheid 2019. Laufende Rentenerhöhungen werden dagegen in vollem Umfang besteuert.

Die Deutsche Rentenversicherung Bund teilte der Steuerverwaltung im maschinellen Rentenbezugsmitteilungsverfahren den im Jahr 2019 an den Petenten gezahlten Rentenbetrag sowie die darin enthaltenen laufenden Rentenerhöhungen (sog. Rentenanpassungsbetrag) mit.

Steuerfrei waren die oben angegebenen 5.526 Euro.

Daneben erhält der Petent von der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (BAV) eine betriebliche

Altersversorgung. Soweit die in der Ansparphase in die Zusatzversorgung eingezahlten Beiträge aus eigenem versteuerten Einkommen geleistet wurden, erfolgt in der Auszahlungsphase lediglich eine Besteuerung des Ertragsanteils. Der Petent hatte bei Beginn der Leistungen aus der betrieblichen Altersversorgung das 63. Lebensjahr vollendet. Der Ertragsanteil beträgt demnach für die gesamte Laufzeit der Rente 20 % (§ 22 Nr. 5 Satz 2 Buchstabe a EStG in Verbindung mit § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchst. a Doppelbuchst. bb EStG).

Die BAV teilte im maschinellen Rentenbezugsmitteilungsverfahren einen steuerpflichtigen Rentenbetrag von 874 Euro mit.

Zudem teilte die BAV im maschinellen Rentenbezugsmitteilungsverfahren für den Petenten einen Rentenbetrag in Höhe von 247 Euro mit, der der vollen Besteuerung unterliegt. Denn insoweit wurden die geleisteten Beiträge und Einzahlungen in der Ansparphase steuerfrei gestellt.

Die Einkünfte aus der betrieblichen Altersversorgung wurden mit den von der BAV mitgeteilten Werten und Angaben im Einkommensteuerbescheid 2019 berücksichtigt.

Bemessung der Einkommensteuernachzahlung:

Die im Einkommensteuerbescheid 2019 festgesetzte Steuernachzahlung von insgesamt 1.132,96 Euro beruht darauf, dass die steuerpflichtigen Einkünfte des Petenten (Renteneinkünfte sowie Einkünfte aus Gewerbebetrieb und Vermietung und Verpachtung) auch nach Abzug des Altersentlastungsbetrags sowie der abziehbaren Vorsorgeaufwendungen über dem Grundfreibetrag in Höhe von 9.000 Euro liegen. Da die die jeweiligen Renten auszahlenden Stellen im Vorfeld keine Steuer abführen und auch durch den Petenten keine Vorauszahlungen an das Finanzamt geleistet wurden, wurde die Steuerzahlung für das Jahr 2019 in voller Höhe mit Ergehen des Einkommensteuerbescheids zur Zahlung fällig.

Der Einkommensteuerbescheid 2019 wird insoweit geändert werden, als der Gewinn aus dem Gewerbebetrieb „Sicherheitsbüro“ von 1.304 Euro auf 530 Euro herabgesetzt wird.

2. Vorauszahlungen 2020 und 2021

Für die Berechnung der festgesetzten Vorauszahlungen für 2020 und 2021 wurden die Besteuerungsgrundlagen des Jahres 2019 zugrunde gelegt.

Mit Schreiben vom 17. Juli 2020 beantragte der Petent die Herabsetzung der Vorauszahlungen insoweit, als sie auf positive Einkünfte aus Gewerbebetrieb entfallen. Diesem Antrag wurde mit dem Vorauszahlungsbescheid vom 30. Juli 2020 in vollem Umfang stattgegeben. Die Vorauszahlungen beruhen nun ausschließlich auf den Vermietungs- und Renteneinkünften des Petenten. Gründe, die auf gesunkene Vermietungs- und Renteneinkünfte ab dem Jahr 2020 schließen lassen, sind nicht ersichtlich und wurden

vom Petenten auch nicht vorgetragen. Der vom Petenten begehrten Aufhebung der Vorauszahlungen zur Einkommen- und Kirchensteuer für die Jahre 2020 und 2021 kann daher nicht entsprochen werden.

Beschlussempfehlung:

Soweit ein nach § 129 AO geänderter Einkommensteuerbescheid 2019 mit einem Gewinn aus dem Gewerbebetrieb „Sicherheitsbüro“ in Höhe von 530 Euro ergehen wird, wird die Petition für erledigt erklärt. Im Übrigen kann der Petition nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Epple

8. Petition 16/5068 betr. Vermessungsgebühren

I. Gegenstand der Petition

Der Petent ist Eigentümer des Flurstücks Nr. [...]1. Er wendet sich gegen die Höhe der Gebühr und die Abrechnungsmethode – nach betroffenen Flurstücken – für die Gebäudeaufnahme des Anbaus an das Doppelhaus, das auf seinem Flurstück und dem Nachbarflurstück Nr. [...]31 steht. Er bittet die Gebühr den wirklich angefallenen Kosten anzupassen. Er gibt an, dass das ganze Arbeitsmaterial für den Anbau höchstens 100 Euro gekostet habe. Der Eigentümer des Flurstücks Nr. [...]31, der Bruder des Petenten, hat bestätigt, dass der Petent auch in seinem Interesse und Auftrag handelt.

II. Die Prüfung ergab Folgendes:

1. Sachverhalt

Das Vermessungs- und Katasteramt der Stadt hat als zuständige untere Vermessungsbehörde zur Fortführung des Liegenschaftskatasters Gebäude oder Gebäudeänderungen für das Liegenschaftskataster aufgenommen (Gebäudeaufnahme). Dabei wurde auch ein bisher nicht im Liegenschaftskataster nachgewiesener Gebäudeteil (Anbau), der an das Gebäude (Doppelhaus) des Petenten und seines Bruders angebaut ist, durch eine Katastervermessung aufgenommen und ins Liegenschaftskataster übernommen. Der Anbau liegt – wie das Doppelhaus – jeweils zur Hälfte anteilig auf dem Flurstück des Petenten (Flurstück Nr. [...]1) und auf dem Nachbarflurstück Nr. [...]31.

Die Gebäudeaufnahme (Wohnhausanbau) wurde dem Petenten und seinem Bruder von der Stadt mit Schreiben vom 18. Februar 2020 und einem beigefügten Informationsblatt zur Gebäudeaufnahme angekündigt. Daran schloss sich ein Schriftverkehr zwischen dem Petenten und der Stadt an, in dem es um die Frage ging, was mit Wohnhausanbau gemeint sei und ob es sich um einen gebührenpflichtigen Anbau handelt. Am 11. März 2020 stellten die Mitarbeiter der Stadt

vor Ort fest, dass der Anbau im Liegenschaftskataster nachzuweisen ist und nahmen ihn durch eine Katastervermessung auf. Anwesend war der Bruder des Petenten. Der Petent wurde mit Schreiben vom 15. September 2020 nachträglich von der Gebäudeaufnahme unterrichtet.

Mit Fortführungsnachweis vom 23. September 2020 war die Vermessung abgeschlossen und die Änderung in das Liegenschaftskataster übernommen. Am 29. Oktober 2020 wurden die Gebührenbescheide in Höhe von je 226,50 Euro erstellt und dem Petenten und seinem Bruder zugestellt. Mit Schreiben vom 5. November 2020 haben der Petent und sein Bruder die Gebührenbescheide an die Stadt zurückgesandt, da sie mit diesen nicht einverstanden waren. Sie teilten in dem Schreiben mit, dass sie bereit seien, die Hälfte der insgesamt zu entrichtenden Gebühr zu übernehmen und haben diesen Betrag mit dem Bescheid an den Bruder des Petenten überwiesen. Weiterhin haben sie darauf hingewiesen, dass sie vorgeschlagen hatten, die Maße selbst festzustellen, im Bauplan einzutragen und dem Amt für die Übernahme zuzuschicken, um die Kosten für den Eintrag in die Unterlagen zu verringern.

Im daran anschließenden Schriftverkehr zwischen der Stadt und dem Petenten bzw. seinem Bruder wurde die Auffassung des Petenten als Widerspruch gegen den Gebührenbescheid gewertet. Dem Widerspruch konnte nicht abgeholfen werden. Ein Widerspruchsbescheid ist bislang nicht ergangen.

2. Rechtliche Würdigung

Gemäß § 5 Absatz 2 Satz 2 des Vermessungsgesetzes für Baden-Württemberg (VermG) ist die Aufnahme neuer und veränderter Gebäude durch Katastervermessung in das Liegenschaftskataster zu übernehmen. Die Grundstückseigentümer und Erbbauberechtigten sind nach § 18 Absatz 2 Nr. 2 VermG verpflichtet, der zuständigen unteren Vermessungsbehörde anzuzeigen, wenn ein Gebäude errichtet, in seiner Grundfläche oder Nutzung geändert oder abgebrochen worden ist. Kommt der Eigentümer dieser Anzeigepflicht nicht nach, so sind die unteren Vermessungsbehörden und öffentlich bestellte Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure (ÖbVI) berechtigt, die Änderungen von Amts wegen für das Liegenschaftskataster aufzunehmen. Eine entsprechende Anzeige lag nicht vor.

Das Liegenschaftskataster ist das amtliche Verzeichnis der Grundstücke nach § 2 Absatz 2 der Grundbuchordnung und dient insbesondere der Sicherung des Grundeigentums, dem Grundstücksverkehr, der Besteuerung sowie der Ordnung von Grund und Boden und ist Grundlage für weitere raumbezogene Informationssysteme. Im Liegenschaftskataster werden Informationen über die Liegenschaften und deren Eigenschaften, die Festlegung der Flurstücksgrenzen, öffentlich-rechtliche Festlegungen sowie Grundstückseigentümer, Erbbauberechtigte und Eigentumsverhältnisse geführt (§ 4 Absatz 1 VermG). Gebäude sind, als wesentlicher Bestandteil eines Grundstücks im Liegenschaftskataster nachzuweisen.

Die vorgenommene Aufnahme des Anbaus für das Liegenschaftskataster liegt somit im Interesse des Petenten und seines Bruders als Grundstückseigentümer.

Für den Anbau ergibt sich die Aufnahmepflicht aus der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz für die Durchführung von Liegenschaftsvermessungen (LV-Vorschrift – VwVLV). Nach Nr. 160 Absatz 1 LV-Vorschrift – VwVLV sind dauerhaft errichtete Gebäude für das Liegenschaftskataster aufzunehmen.

Gebäude nach dieser Regelung sind selbstständig benutzbare, überdeckte bauliche Anlagen, die von Menschen betreten werden können und geeignet sind, dem Schutz von Menschen, Tieren oder Sachen zu dienen. Zur Gebäudeaufnahme zählen auch die Aufnahme von Veränderungen des Gebäudeumrisses (beispielsweise Anbau). Anbauten an ein im Liegenschaftskataster nachgewiesenes Gebäude sind unabhängig von den Herstellungskosten (Baukosten) immer aufzunehmen (Nr. 160 Absatz 2 LV-Vorschrift – VwVLV).

Die Gebührenerhebung richtet sich nach dem Landesgebührengesetz (LGebG). Gemäß § 4 Absatz 1 LGebG setzen die Behörden, die die öffentliche Leistung erbringen, für individuell zurechenbare öffentliche Leistungen Gebühren fest. Nach § 5 Absatz 1 Nr. 1 LGebG ist zur Zahlung der Gebühren und Auslagen derjenige verpflichtet, dem die öffentliche Leistung zuzurechnen ist. Individuell zurechenbar ist nach § 2 Absatz 3 LGebG eine öffentliche Leistung, wenn sie im Interesse des Einzelnen erbracht wird. Insbesondere gehört dazu auch die verantwortliche Veranlassung einer öffentlichen Leistung. Der Petent und sein Bruder haben in ihrer Eigenschaft als Bauherren die öffentliche Leistung veranlasst. Eine Katastervermessung ist eine öffentliche Leistung, die nur von den unteren Vermessungsbehörden oder von öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und -ingenieuren entsprechend der fachlichen Vorgaben erledigt werden darf (§ 7 Absatz 1 VermG). In § 7 LGebG ist festgelegt, dass die Gebühr die mit der öffentlichen Leistung verbundenen Verwaltungskosten aller an der Leistung Beteiligten decken soll. Außerdem ist die wirtschaftliche und sonstige Bedeutung der öffentlichen Leistung für den Gebührenschuldner zu berücksichtigen (Äquivalenzprinzip).

Grundlage für die Gebührenfestsetzung ist das Gebührenverzeichnis des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz (GebVerz-MLR), das Teil der Gebührenverordnung MLR ist. Darin sind die Gebühren für Gebäudeaufnahmen und die Übernahme in das Liegenschaftskataster entsprechend den im Landesgebührengesetz genannten Grundsätzen zur Gebührenbemessung festgelegt. Die Gebühr wird nicht nach dem individuell wahrnehmbaren Vermessungsaufwand (Dauer, Personaleinsatz) vor Ort und für einzelne Vorgänge der Übernahme und der Führung des Liegenschaftskatasters berechnet, sondern nach der wirtschaftlichen und sonstigen Bedeutung der Leistung für den Gebührenschuldner. Die Gebührenhöhe ergibt sich entsprechend einer Wertestaffel nach der Höhe der Baukosten (Nr. 30. 6. 4 GebVerz-MLR) als Wertgebühr je Flurstück.

Für den Anbau fällt nach Nr. 30. 2. 4. 1 in Verbindung mit Nr. 30. 6. 4 GebVerz-MLR für die Aufnahme von Gebäuden oder Gebäudeteilen auf einem Flurstück, die nach dem 31. Dezember 1979 fertiggestellt wurden, bei Baukosten bis zu 25.000 Euro (niedrigste Wertstufe) eine Gebühr in Höhe von 150 Euro zuzüglich 16 Prozent Umsatzsteuer an. Für die Fortführung des Liegenschaftskatasters fällt nach Nr. 30. 3. 1. 1 GebVerz-MLR eine Gebühr von 35 Prozent der Gebühr nach 30. 2. 4. 1 GebVerz-MLR (umsatzsteuerfrei) an. Dies ergibt je Flurstück einen Gesamtbetrag von 226,50 Euro, der jeweils dem Petenten und seinem Bruder in Rechnung gestellt wurde.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Eppler

9. Petition 16/4958 betr. Straßenbau

Der Petent ist von einem Straßenbauvorhaben mit einigen seiner Grundstücke betroffen. Er wendet sich gegen eine unzureichende Bauausführung bezüglich seiner Interessen.

Er habe bei den Grundstücksverhandlungen darauf hingewiesen und es sei ihm zugesagt worden, dass die Drainageleitungen erhalten bzw. wiederhergestellt werden, was bei der Bauausführung nicht eingehalten worden sei. So sei ein Abfluss beim Bau der Straße einfach weggerissen worden.

Aufgrund der Höhenverhältnisse könne ein bestehender Graben nicht in den Straßengraben der neuen Straße eingeleitet werden. Dies sei ihm auch vom Landwirtschaftsamt bestätigt worden. Aufgrund dieser Entwässerungsproblematik sei ein Waldstück überflutet gewesen und viele Fichten seien umgefallen.

Während der Bauzeit sei ein Kiesweg ohne Erlaubnis durch die Baufirma verlängert worden. Durch die schweren Baustellenfahrzeuge sei eine zuvor umgeleitete Drainage zusammengedrückt worden und der Ersatz durch einen offenen Graben werde wegen des ebenfalls geringen Gefälles nicht funktionieren.

Der zuständige Bauleiter weigere sich, eine Lösung zu suchen und sei nicht bereit einen Vororttermin wahrzunehmen. Andere Landwirte hätten eigentümerfreundliche Lösungen erhalten.

Die Prüfung der Petition ergab Folgendes:

Ein Erhalt bzw. die Wiederherstellung der vorhandenen Drainageleitungen ist beim Bau einer Straße nicht möglich. Dies würde bedeuten, dass die Ableitung von Drainagegewässern durch den Straßenaufbau geführt werden müsste. Dies ist entwässerungstechnisch nicht erforderlich und auch nicht sinnvoll. Deshalb ist im Planfeststellungsbeschluss festgelegt, dass, soweit durch die Baumaßnahme Bodenentwässerungsanlagen

angeschnitten oder sonst in irgendeiner Form beeinträchtigt werden, deren Funktionsfähigkeit wiederherzustellen ist, vorhandene Drainagen an eine leistungsfähige Vorflut anzuschließen sind und sofern erforderlich neue Drainagen anzulegen sind. Der geforderte Wiederanschluss vorhandener Drainagen wurde vom Vorhabenträger zugesichert und von der Bauausführung soweit erkennbar auch umgesetzt.

Aufgrund der wiederholten Einsprüche des Petenten bei der Bauleitung hinsichtlich der geringen Längsneigung des geschaffenen Grabens wurde die Abflusssituation von der Bauleitung verstärkt beobachtet. Nach Aussage der Bauleitung konnte zu keinem Zeitpunkt, auch nicht nach Regenereignissen von über 80 mm/qm innerhalb von drei Tagen, nennenswerter Wasseranstau beobachtet werden. Dabei waren die vorhandenen Entwässerungseinrichtungen in einem Zustand, die die ordnungsgemäße Funktion beeinträchtigt haben. Diese Situation wurde von der Bauleitung durch Ausräumung des Grabens wesentlich und dauerhaft verbessert. Da die im Zuge des Straßenbaus neu angelegten Gräben tiefer liegen als der bestehende Graben ist auch diese Entwässerung gewährleistet. Eine größere Längsneigung, wie sie vom Landwirtschaftsamt empfohlen wurde, wurde nicht hergestellt.

Der angelegte Kiesweg befindet sich nach Angabe der Bauleitung im Bereich der für die Baumaßnahme vom Petenten erteilten Bauerlaubnis für die vorübergehende Inanspruchnahme von Flächen. Die hier errichtete Baustraße war notwendig, um Boden aus einem sonst nicht erreichbaren Bereich des Baufeldes abzutransportieren. Beim Bau dieser Baustraße wurden nach Angabe der Bauleitung bestehende Drainageleitungen unterbrochen und die verbleibenden Leitungen neu gefasst, sodass deren Entwässerungsfunktion erhalten geblieben ist. Zwischenzeitlich wurde die Baustraße zurückgebaut und der ursprüngliche Zustand mittels Oberbodenanddeckung wiederhergestellt.

Nach Angabe der Bauleitung haben verschiedene Termine mit dem Petenten stattgefunden. Von einer Weigerung des Bauleiters, die vorhandenen entwässerungstechnischen Probleme ergebnisorientiert zu lösen, kann nicht gesprochen werden.

Die Arbeiten wurden ordnungsgemäß durchgeführt. Durch die Baumaßnahme beeinträchtigte Bodenentwässerungsanlagen wurden wiederhergestellt oder neu errichtet bzw. es wurde die bestehende Abflusssituation verbessert.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Dr. Jung

10. Petition 16/3375 betr. Denkmalschutz, Waldbad

Der Petent bittet darum, dass das historische Waldbad B. als Denkmal eingestuft wird. Das Gelände sei von

einem Unternehmen gekauft worden, der Gebäudeverfall schreite voran und seit Sommer 2016 geschehe nichts. Die Gemeinde solle sich aktiv für den Gebäudeerhalt einsetzen.

Die Prüfung der Petition ergab Folgendes:

Das Waldbad wurde vom Landesamt für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart (LAD) im August 2018 auf eine mögliche Denkmaleigenschaft mit folgendem Ergebnis überprüft:

Die bauliche Anlage entstand ab 1926 und ist aus einem landwirtschaftlichen Anwesen des 19. Jahrhunderts mit geregelter Badehausbetrieb hervorgegangen. Der ehemals wirtschaftliche Erfolg der Bade- und Vergnügungsanstalt hatte sich in baulich repräsentativen und zum Teil technisch fortschrittlichen Gebäuden niedergeschlagen (Gartenhalle von 1929, Glatterasse von 1933). Das Hauptgebäude wurde noch 1955 aufgestockt.

In der heutigen Anlage hat sich jedoch lediglich ein Relikt des einstigen Waldbades erhalten, wobei weder die qualitative Architektur überdauert hat noch der ehemalige Badebereich in ausreichendem Maße substanzial überliefert ist.

Nach Auffassung des LAD als zuständiger Fachbehörde handelt es sich bei dem Waldbad um kein Kulturdenkmal der Bau- und Kunstdenkmalpflege. Das Gelände, auf dem sich das ehemalige Waldbad befindet, wird jedoch als Kulturdenkmal im Verzeichnis der Bodendenkmalpflege geführt. Dies wurde der unteren Denkmalschutzbehörde entsprechend kommuniziert.

Bewertung:

Bei dem Waldbad handelt es sich um kein Kulturdenkmal der Bau- und Kunstdenkmalpflege. Eine gesetzliche Erhaltungspflicht hinsichtlich der noch bestehenden Gebäudereste der ehemaligen Badeanstalt ergibt sich somit für den Eigentümer gemäß den Bestimmungen des Denkmalschutzgesetzes des Landes nicht. Auch die Gemeinde kann auf dieser Grundlage keine Erhaltungsmaßnahmen anordnen.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatterin: Krebs

11. Petition 16/4716 betr. Schließung einer Grundschule

I. Gegenstand der Petition

Die Petenten wenden sich gegen die von der Stadt geplante Schließung einer Grundschul-Außenstelle in einem Teilort. Sie sind der Auffassung, dass aufgrund

der Eingliederungsvereinbarung der Stadt mit der früher selbstständigen Gemeinde eine Verpflichtung zum Weiterbetrieb der Grundschule besteht. Sie bezweifeln auch den Nutzen der Schulschließung und verweisen auf Widerstand in der örtlichen Bevölkerung und Elternschaft. Die Petenten begehren, dass die Stadtverwaltung eine Umfrage bei den betroffenen Eltern durchführt und deren Votum folgt.

Die Petenten beanstanden außerdem, dass in dem Teilort in den nächsten Jahren ein Neubaugebiet entstehen soll, das von der Stadtverwaltung mit der Bestandssicherung der Grundschule begründet worden sei, und verlangen, dass die Planungen gestoppt werden.

II. Sachverhalt

Bei der Stadtverwaltung gibt es Überlegungen für eine mögliche Schließung der Grundschulaußenstelle T. und die Integration in den Hauptstandort der Grundschule. Bei der Grundschule O. handelt es sich um eine zweizügige Grundschule mit den Standorten O. (Hauptstandort) und T. (Außenstelle). Jeder Standort wird einzügig betrieben, d. h. an jedem Standort werden vier Klassen beschult. Im Schuljahr 2020/2021 werden 85 Schüler am Standort O. und 66 Schüler am Standort T. unterrichtet.

In der öffentlichen Sitzung des Ortschaftsrats T. am 23. Juni 2020 informierte die Stadtverwaltung über die Planungen. Am 13. Juli 2020 fand eine Einwohnerversammlung zum Thema „Schulentwicklung in der Ortschaft T.“ statt. Am 20. November 2020 fand eine nichtöffentliche Klausurtagung des Ortschaftsrats und der Stadtverwaltung zur Thematik statt. Als Ergebnis wurde ein Workshop mit Beteiligung des Staatlichen Schulamts, Schul- und Elternvertreter und örtlichen Vereinen vereinbart, der im Frühjahr 2021 stattfinden soll. Entscheidungen des Ortschaftsrats und des Gemeinderats wurden noch nicht getroffen.

Die Gesamtlehrerkonferenz der Grundschule O. mit Außenstelle T. hat sich am 1. Juli 2020 mehrheitlich für den Vorschlag der Stadtverwaltung zur Aufgabe des Standorts T. und Integration in den Standort O. ausgesprochen. Die im Umlaufverfahren durchgeführte Anhörung des Elternbeirats ergab eine Mehrheit der abgegebenen Stimmen für den Erhalt des Standorts T. Die Abstimmung in der Schulkonferenz ergab Stimmengleichheit für beide Alternativen.

Der Gemeinderat hat am 18. September 2019 die Aufstellung des Bebauungsplans „T. Süd“ im beschleunigten Verfahren nach § 13b des Baugesetzbuchs beschlossen. Ziel des Bebauungsplans ist es, dezentral die planungsrechtlichen Voraussetzungen für differenzierte Wohnraumangebote zu schaffen. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurde durchgeführt, das weitere Bebauungsplanverfahren ist noch offen.

Die Ortschaft T. war früher eine selbstständige Gemeinde, die 1972 aufgrund einer Eingliederungsvereinbarung in die Stadt eingegliedert wurde. Sie besteht aus mehreren Ortsteilen und Wohnplätzen, dar-

unter die Ortsteile T. und B. und der größte Ortsteil O., in dem über die Hälfte der Einwohner der Ortschaft leben.

III. Rechtliche Würdigung

1. Änderung der Grundschulstandorte

Die Stadt ist nach § 28 Absatz 1 des Schulgesetzes (SchG) Schulträger der Grundschule O. Die Schulträgerschaft ist eine weisungsfreie Pflichtaufgabe der Gemeinden nach § 2 Absatz 2 der Gemeindeordnung (GemO). Bei Pflichtaufgaben handelt es sich um eigene, kommunale Aufgaben der Gemeinden, die der kommunalen Selbstverwaltung unterliegen. Bei der Einrichtung, Änderung, Aufhebung und bei der Unterhaltung der Schulen wirken das Land und der Schulträger nach den Vorschriften des Schulgesetzes zusammen (§ 27 Absatz 3 SchG). In diesem Rahmen liegt es in der Entscheidung der Stadt im Rahmen ihres Selbstverwaltungsrechts, die Grundschulstandorte zu ändern.

Die Stadtverwaltung befürwortet aus mehreren Gründen, die Grundschulaußenstelle T. aufzugeben und in den Hauptstandort der Grundschule O. zu integrieren:

Die Schülerzahlen am Grundschulstandort T. sind seit mehreren Jahren rückläufig. Aus der Geburtenentwicklung wird ersichtlich, dass in den meisten Schuljahren am Standort T. keine Klassengröße von 16 Schülern erreicht werden kann. Der prognostizierte Schülerzahlenzuwachs durch das geplante neue Baugebiet (ca. 40 Baugrundstücke) beläuft sich nach Schätzung der Stadtverwaltung auf drei bis vier Kinder pro Jahrgang. Zudem werden erfahrungsgemäß durchschnittlich ca. 25 bis 30 % der Schüler eines Jahrgangs nicht an der Grundschule T. eingeschult. Somit ist auch durch das geplante Baugebiet kein wesentlicher positiver Effekt auf die Schülerzahlen zu erwarten.

Die Geburtenentwicklung zeigt auch, dass – wie bereits bisher – die Mehrzahl der Schüler des Grundschulstandorts T. aus dem Ortsteil B. kommen wird (im Schnitt 53 %), welcher räumlich näher am Grundschulstandort O. liegt. Insgesamt sind durchschnittlich 80 % der in der Grundschulaußenstelle T. unterrichteten Schüler nicht im Ortsteil T. wohnhaft. Diese Schüler müssen mit dem Bus zur Grundschule T. gebracht werden. Da die Schüler aus unterrichtsorganisatorischen Gründen (z. B. Sport, Religion) oder aufgrund von Betreuungsbedarfs (Einrichtung am Hauptstandort O.) derzeit mehrfach einen Standortwechsel vollziehen müssen, wurde durch den Schulträger ein sog. „innerer Schülerverkehr“ eingerichtet (Kosten ca. 27.000 Euro/Jahr). Beim Bustransfer gibt es aufgrund der Verkehrssituation oftmals Verspätungen, was dann bedeutet, dass die Schüler entweder keine Pause haben oder der Unterricht später beginnt.

Am Grundschulstandort O. stehen Lehrern und Schülern Fachräume für Sport und Musik, eine Schulküche sowie eine Schülerbibliothek zur Verfügung. Auch Verwaltungs- und Lehrerbereiche sind in der Grundschule O. eingerichtet. Am Standort T. bestehen nach Aussage der Stadtverwaltung keine räumlichen Ressourcen zur Unterbringung dieser Funktionen.

Nach Darstellung der Stadtverwaltung besteht am Grundschulstandort T. ein erheblicher Investitionsbedarf. Damit die Schule weiterhin voll nutzbar und betriebssicher bleibe, müssten die Fluchtwege des alten Schulhauses verbessert, die Beheizung in Form eines Wärmenetzes entwickelt, Haustechnik und Fassaden saniert, eine Brandfrüherkennung und Alarmierung nachgerüstet und die Freianlagen entwickelt werden. Weiter seien, analog zu den anderen Grundschulen, die städtische Digitalisierungsstrategie umzusetzen und notwendige Umbauten zum Ganztagesbetrieb vorzubereiten. Die Kostenannahmen folgen der Vorgabe, am Standort gleichwertige Lehr- und Lernbedingungen wie in den anderen Grundschulen bereitzustellen. Aufgrund der Gebäudestruktur könne im alten Schulhaus allerdings wirtschaftlich keine Barrierefreiheit hergestellt werden. Für eine Prognose aller notwendigen Investitionskosten wurden durchschnittliche Sanierungskostenansätze nach BKI 2018/2019 und ein Umsetzungszeitraum von zehn Jahren zugrunde gelegt. In der Summe ergibt sich nach den Berechnungen der Stadtverwaltung ein Investitionsbedarf für den Grundschulstandort T. von rund 4,5 Mio. Euro in zehn Jahren. Die Höhe resultiere letztendlich auch aus dem Umstand, dass an diesem Standort wenige Räume und Nutzflächen auf drei Häuser und Gebäude-teile verteilt sind.

Die Grundschule O. ist nach Darstellung der Stadtverwaltung in einem guten baulichen Zustand mit zeitgemäßem Wärmeschutz. Allerdings verfüge sie aktuell nicht über ausreichende Platzreserven, damit die Schüler aus T. zusätzlich untergebracht werden können. Am Standort O. müssten daher baulich zusätzliche Klassenräume geschaffen werden. Dafür biete sich ein Umbau bzw. eine Umwidmung von Flächen in der alten Grundschule an. Die Kostenprognose der Stadtverwaltung für die Unterbringung der Schulklassen aus T. am Standort O. einschließlich aller Maßnahmen der städtischen Digitalisierungsstrategie und der Herstellung der Barrierefreiheit für beide Schulgebäude beläuft sich auf 2,5 Mio. Euro.

Die Stadtverwaltung empfiehlt daher zur Sicherung von zukunftsfähigen Lehr- und Lernbedingungen für die Grundschulkinder die Zusammenführung der beiden einzügigen Grundschulstandorte T. und O. am Hauptstandort O. als zweizügige Grundschule. Geplant ist – entsprechende Beschlüsse der zuständigen Gremien vorausgesetzt – Einschulungen ab dem Schuljahr 2022/2023 nur noch am Hauptstandort der Grundschule O. vorzunehmen. Ein Umzug von zwei am Standort T. verbleibenden Bestandsklassen an den Standort O. wäre zum Schuljahr 2023/2024 geplant.

Die Entscheidung über die Schließung der Grundschulaußenstelle T. und die Integration in den Hauptstandort der Grundschule O. obliegt dem Gemeinderat. Hierzu ist der Ortschaftsrat nach § 70 Absatz 1 Satz 2 GemO anzuhören. Bisher sind noch keine Entscheidungen getroffen worden. Es ist geplant, zunächst alle Beteiligten des Prozesses einschließlich Schul- und Elternvertreter zu einem gemeinsamen Workshop zusammenzubringen, was jedoch unter den derzeitigen Pandemie-Bedingungen schwer möglich

ist. Der Workshop ist nach derzeitigem Stand für das Frühjahr 2021 vorgesehen. Die weitere Befassung in den kommunalen Gremien steht daher noch nicht fest.

In der Vereinbarung über die Eingliederung der ehemaligen Gemeinde T. in die Stadt vom 26. Januar 1972 ist unmittelbar keine Regelung zur Grundschule enthalten. In § 21 der Eingliederungsvereinbarung wurde jedoch vereinbart, dass zur Regelung örtlicher Einzelheiten zwischen den beteiligten Gemeinden Zusatzvereinbarungen und Erläuterungen festgelegt werden, die Bestandteil der Eingliederungsvereinbarung sind. In einer Zusatzvereinbarung zur Eingliederungsvereinbarung ist zum Bereich Schulen folgender Passus enthalten:

„22. Schulwesen

22.2 Notwendig werdende Änderungen der Schulbezirke innerhalb des Stadtgebietes (etwa im Interesse möglichst kurzer Schulwege) werden vom Gemeinderat nach Anhörung des Ortschaftsrates vorgenommen. Die Stadt verpflichtet sich, sich für die Erhaltung der Grund- und Hauptschule O. und der Grundschulen B. und T. einzusetzen.

22.3 Die Grundschulen in der Ortschaft T. und die Hauptschule O. sind zu erhalten, solange dies gesetzlich möglich ist und von den Erziehungsberechtigten gewünscht wird.“

Die Stadtverwaltung strebt in der vorliegenden Angelegenheit eine Einigung und eine einvernehmliche Entscheidung des Ortschaftsrates und des Gemeinderats an. Diese Einigung könnte aus zwei gleichlautenden, mindestens mehrheitlich zustande gekommenen Sachbeschlüssen bestehen. Die Stadt wird im Rahmen der politischen Willensbildung das Thema weiterverfolgen und nur auf der Grundlage von Mehrheitsbeschlüssen in Ortschaftsrat und Gemeinderat eine Umsetzung vornehmen. Inhaltlich abweichende Beschlüssen des Gemeinderats und des Ortschaftsrates könnten nach den Regelungen der Zusatzvereinbarung u. U. einer Schließung der Grundschul-Außenstelle T. im Wege stehen. Entgegen der Darlegung der Petenten beabsichtigt die Stadtverwaltung nicht, gegen die Zusatzvereinbarung zu verstoßen, sondern sieht in einer Einigung zwischen Ortschaftsrat und Gemeinderat den einzig gangbaren Weg.

In der Vorbemerkung zu der o. g. Zusatzvereinbarung ist u. a. Folgendes festgelegt: „Diese Zusatzvereinbarungen und Erläuterungen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und Ausschließlichkeit, da die Praxis weitere Einzelheiten aufwerfen wird, die dann vom Gemeinderat und der Stadtverwaltung nach Anhörung des Ortschaftsrates in T. gelöst werden müssen.“ In Anknüpfung daran würde es sich bei einer Einigung in der Sache zwischen dem Ortschaftsrat und dem Gemeinderat nach Auffassung der Stadtverwaltung um eine konkludente Änderung der Zusatzvereinbarung handeln. Auch wenn die rechtliche Vertretung der ehemaligen Gemeinde T. durch den Ortschaftsrat T. bei Streitigkeiten über die Eingliederungsvereinbarung nach § 23 Absatz 2 der Eingliederungsvereinbarung auf 30 Jahre beschränkt war, ist

der Ortschaftsrat weiterhin die bürgerschaftliche Vertretung der in der Ortschaft lebenden Bürger. Nach ständiger Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte sind ehemalige Gemeinden trotz ihrer Auflösung befugt, Rechte aus einer Eingliederungsvereinbarung geltend zu machen, und können dabei auch über eine vertraglich befristete Vertretungsbefugnis hinaus durch den Ortschaftsrat vertreten werden. Zur Ortschaft T. gehört auch der Ortsteil O., in dem sich der Hauptstandort bzw. nach den Vorstellungen der Stadtverwaltung künftig einzige Standort der Grundschule befindet, sodass die vorliegende Angelegenheit in den örtlichen Zuständigkeitsbereich des Ortschaftsrats T. fällt. Nach Auffassung der Stadtverwaltung können der Gemeinderat und der Ortschaftsrat Änderungen der Zusatzvereinbarung beschließen oder einen gemeinsamen Willen in Form entsprechender Beschlüsse fassen. Anderslautende Regelungen in der Zusatzvereinbarung würden damit überlagert. Diese Rechtsauffassung ist gut vertretbar. Die Zusatzvereinbarung regelt die Verpflichtungen zwischen der ehemaligen Gemeinde bzw. jetzigen Ortschaft T. und der Stadt. Dritte können daraus keine Ansprüche ableiten, wie auch in § 22 der Eingliederungsvereinbarung ausdrücklich klargestellt ist. Es würde dem Zweck der getroffenen Vereinbarungen widersprechen, wenn vor langer Zeit getroffene Festlegungen selbst im Einvernehmen der beteiligten Vertragsparteien nicht mehr geändert werden könnten und in alle Ewigkeit fortbestehen müssten.

Das Staatliche Schulamt wurde von der Stadtverwaltung von Anfang an eingebunden. In der Sitzung des Ortschaftsrats am 23. Juni 2020 und in der Einwohnerversammlung am 13. Juli 2020 standen Vertreter des Staatlichen Schulamts für Fragen zu Verfügung.

Wie bereits erwähnt, obliegt dem Schulträger das maßgebliche Initiativ- und Gestaltungsrecht für die Gestaltung des eigenen Schulwesens. Schulorganisatorische Änderungen, wie die Aufhebung einer Außenstelle, müssen aber gemäß § 30 SchG durch die zuständige Schulaufsichtsbehörde genehmigt werden. Die Entscheidung über schulorganisatorische Maßnahmen im Bereich der Grundschulen wurde vom Kultusministerium auf die Regierungspräsidien übertragen, sodass die Entscheidung über einen möglichen Antrag dort getroffen würde.

Bislang ist die Abteilung 7 des zuständigen Regierungspräsidiums noch nicht in den Vorgang eingebunden worden. Die Aufhebung der Grundschulaußenstelle müsste fristgerecht über das zuständige Staatliche Schulamt mit den entsprechenden befürwortenden Beschlüssen der kommunalen und schulischen Gremien beim Regierungspräsidium beantragt werden. Durch das Staatliche Schulamt wird der Antrag um eine Stellungnahme zu den schulorganisatorischen Auswirkungen ergänzt und dem Regierungspräsidium vorgelegt. Für Grundschulen ist nach § 30a Absatz 1 SchG kein Verfahren der regionalen Schulentwicklung erforderlich. Nach Abschluss des kommunalpolitischen Entscheidungsfindungsprozesses kann ein entsprechender Antrag jederzeit durch den Schulträger gestellt werden.

Die Petenten wenden sich somit gegen Entscheidungen, die noch gar nicht getroffen wurden. Die Entscheidung obliegt zu gegebener Zeit dem Gemeinderat und dem Ortschaftsrat als demokratische gewählte Vertretungen der Bürgerschaft. Rechtsverstöße, die ein Einschreiten der Rechtsaufsichtsbehörde rechtfertigen könnten, sind beim derzeitigen Stand des Verfahrens nicht ersichtlich.

2. Aufstellung eines Bebauungsplans

Die Aufstellung von Bauleitplänen – dazu zählen der Flächennutzungsplan sowie die Bebauungspläne – gehören zu den nach Artikel 28 des Grundgesetzes garantierten Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde. Dies bedeutet, dass die Gemeinden – vertreten durch den von der Bürgerschaft gewählten Gemeinderat – die städtebauliche Entwicklung in ihrem Gemeindegebiet im Rahmen der zu beachtenden Rechtsvorschriften selbst bestimmen. Welche Inhalte sie letztlich in ihren Bauleitplänen darstellen beziehungsweise festsetzen, entscheiden sie im Rahmen der Abwägung nach § 1 Absatz 7 des Baugesetzbuchs (BauGB) bei der Aufstellung des Flächennutzungsplans und der Bebauungspläne in eigener Verantwortung.

Ziel des Bebauungsplans „T. Süd“, dessen Aufstellung der Gemeinderat am 18. September 2019 beschlossen hat, ist es überwiegend, dem Wohnungsmangel in der Stadt und ihren Ortschaften entgegenzuwirken und dezentral die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Schaffung von differenzierten Wohnraumangeboten zu optimieren. In den vielfältigen städtebaulichen Planungszielen ist auch die Sicherung der dezentralen Infrastruktur aufgeführt. Wie bei jeder Siedlungsentwicklung ist diese behutsam auf die Leistungsfähigkeit und die Bedürfnisse der heutigen und künftigen Bevölkerung abzustimmen. Im Idealfall gelingt es, die bestehenden baulichen und sozialen Strukturen nicht zu sehr zu belasten und bestmöglich weiterzuentwickeln. So ist auch in den Planungszielen des Bebauungsplans „T. Süd“ festgehalten: „Sicherung der sozialen und kulturellen Infrastruktur, insb. für den Erhalt des Grundschul- und Kindergartenstandortes und der Vereine“. Eine Gewähr, dass dies in allen Facetten gelingt, kann durch eine Wohngebietsausweisung alleine nicht übernommen werden. Gleichzeitig erübrigt sich die Notwendigkeit, Wohnflächen auszuweisen nicht allein durch den Umstand, dass die dezentrale Infrastruktur in einzelnen Bereichen nicht dauerhaft gehalten werden kann. Nach Darstellung der Stadtverwaltung besteht für die Schaffung von Wohnraum – unabhängig von einer möglichen Schließung des Grundschulstandorts T. – auch im Teilort T. weiterhin deutlicher Bedarf. Dieser müsse sensibel und schrittweise entwickelt werden, um auch die soziale Entwicklung des Teilortes bestmöglich begleiten und fördern zu können. Damit bestehen aus Sicht der Stadtverwaltung weiterhin gewichtige Gründe, die für die Ausweisung des Wohngebietes sprechen und im Sinne des Planungserfordernisses die Aufstellung des Bebauungsplanes erforderlich machen. Ein „Stopp“ des Bebauungs-

planverfahrens ist rechtlich nicht notwendig und wäre im Hinblick auf dessen Ziele kontraproduktiv.

Der Bebauungsplan „T. Süd“ befindet sich derzeit noch in einem frühen Stand des Aufstellungsverfahrens (nach der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Absatz 1 und § 4 Absatz 1 BauGB). Im Rahmen des weiteren Bebauungsplanverfahrens wird der Öffentlichkeit und den Trägern öffentlicher Belange nach §§ 3 ff. BauGB die Möglichkeit gegeben werden, sich über die Planung zu informieren und Stellungnahmen hierzu abzugeben. Die zum Planentwurf eingegangenen Stellungnahmen, Anregungen und Einwendungen werden anschließend nach § 2 BauGB bewertet und in die Abwägung nach § 1 Absatz 7 BauGB eingestellt. Die abschließende Abwägungsentscheidung obliegt allein dem von den Bürgern gewählten Gemeinderat.

Die Flächen des Plangebiets sind derzeit noch in Privateigentum. Von der Stadtverwaltung ist geplant, die Flächen ins Eigentum der Stadt zu bringen und im Anschluss an private Bauherren und Bauträger mit entsprechenden Baupflichten zu veräußern. Es liegt dann in der Entscheidung potenzieller Kaufinteressenten, dabei mit zu berücksichtigen, dass es möglicherweise im Ortsteil T. keinen Grundschulstandort mehr geben wird.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatte(r)in: Krebs

12. Petition 16/4854 betr. Aufhebung des nächtlichen Tempo 30 in der Ravensburger Garten-/Schussenstraße

I. Gegenstand der Petition

Der Petent begehrt die Aufhebung der Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h bei Nacht in der Ravensburger Gartenstraße und in der Schussenstraße. Seiner Meinung nach wurde die Geschwindigkeitsbeschränkung nur temporär bis zum Einbau eines „Flüsterasphalts“ auf beiden Straßen angeordnet.

II. Die Prüfung der Petition ergab Folgendes:

1. Sachverhalt

Die Gartenstraße war früher Teil der Bundesstraße 30 und damit eine wichtige Verbindungsachse zwischen Ulm und der Bodenseeregion. Bereits seit Fertigstellung der als Entlastungsstrecke ausgebauten Ulmer Straße in den Jahren 1976/1977 hat die Gartenstraße nur noch eine untergeordnete Bedeutung als innerstädtische Verbindungsstraße. Die überörtliche Funktion hat mit Eröffnung der Ortsumfahrung B 30 im Jahr 2001 bzw. 2019 weiter deutlich abgenommen.

Die Schussenstraße ist Teilabschnitt der Bundesstraße 32 und immer noch die wichtigste Verbindungs-

straße von Ravensburg zur Autobahn 98 bei Wangen im Allgäu.

Die Gartenstraße mündet in die Schussenstraße. Beide Straßen befinden sich im innerstädtischen Bereich mit umgebender Wohnbebauung.

Mit der Umgebungslärmrichtlinie 2002/49/EG wurden Regelungen getroffen, um schädliche Auswirkungen durch Umgebungslärm zu verhindern, ihnen vorzubeugen oder sie zu mindern. In der Folge wurden landesweit Lärmkarten und darauf aufbauend Lärmaktionspläne erstellt. Der Lärmaktionsplan Stufe 1 der Stadt Ravensburg wurde 2011 vom Gemeinderat beschlossen. Zu berücksichtigen waren hier insbesondere Bereiche mit einer Lärmbelastung über 65 dB(A) L_{DEN} und 55 dB(A) L_{Night} , da sie in einem gesundheitskritischen Bereich liegen.

Beide Straßen wurden dabei mit einer Belastung von über 70 dB(A) L_{DEN} und 60 dB(A) L_{Night} für die umgebende Wohnbebauung als Lärmschwerpunkte festgelegt.

Zur Reduzierung der Lärmbelastung wurden anschließend verschiedene Maßnahmen geprüft. Da im innerstädtischen Bereich Maßnahmen wie beispielweise Lärmschutzwände nicht umsetzbar sind, kamen hier insbesondere die Beschränkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h oder der Einbau eines lärmoptimierten Fahrbahnbelags in Betracht.

Die Gartenstraße wurde im Lärmaktionsplans als „Teststrecke“ für die Erprobung eines lärmoptimierten Fahrbahnbelags festgelegt. Der Zeitpunkt für den Belagsaustausch sollte nach technischen und wirtschaftlichen Kriterien, spätestens mit Ablauf der Lebensdauer des bestehenden Belags festgelegt werden. Für die Schussenstraße wurde keine entsprechende Regelung erlassen.

Als Sofortmaßnahme sollte die zulässige Höchstgeschwindigkeit in der Gartenstraße nachts auf 30 km/h beschränkt werden. Für die Schussenstraße wurde teilweise eine nächtliche Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h beschlossen. Die entsprechenden Verkehrszeichen wurden von der zuständigen Straßenverkehrsbehörde am 19. September 2011 (Gartenstraße) und am 20. April 2013 (Schussenstraße) angeordnet.

Im Sommer 2020 wurden auf Teilabschnitten beider Straßen der Fahrbahnbelag ausgetauscht. Die Schussenstraße befindet sich in der Straßenbaulast des Bundes, zuständig für die Verwaltung ist das Regierungspräsidium Tübingen. Hier wurden im Bereich der Einmündung der Gartenstraße Belagsarbeiten auf einer Länge von circa 150 Metern durchgeführt. Nach Angaben des Regierungspräsidiums Tübingen wurde hier kein lärmoptimierter Asphalt eingebaut. Dies war an dieser Stelle nicht möglich, da ein solcher Asphaltbelag für den sanierten Bereich des Frauentorplatzes nicht geeignet ist. Die Verkehrsmenge, vor allem auch des Schwerverkehrs, ist im Bereich des Frauentorplatzes wesentlich höher als in der Gartenstraße. Durch die Haltebereiche der Signalanlagen und die beiden engen Kurven ergeben sich durch die Ver-

kehrbelastung hohe Schub- und Torsionsbeanspruchungen. Diese Beanspruchungen führen bei einem lärmoptimierten Belag zu einem deutlich höheren Verschleiß und somit zu einer verkürzten Haltbarkeit.

Im Bereich der Sanierung gilt keine nächtliche Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h. Die Behauptung des Petenten ist insoweit nicht richtig. Die vorhandene nächtliche Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h betrifft einen anderen Teilabschnitt der Schussenstraße. Dort wurden keine Sanierungsarbeiten durchgeführt. Die Lärmbelastung hat sich insoweit dort nicht verändert.

Die Gartenstraße befindet sich in der Straßenbaulast der Stadt Ravensburg. Hier wurde auf dem Teilabschnitt zwischen Einmündung in die Schussenstraße und der Kreuzung mit der Möttelin-/Zeppelinstraße auf einer Länge von circa 230 Metern wie geplant ein lärmoptimierter Asphalt nach aktuellem technischen Stand (AC 5 D LOA) eingebaut. Die Öffnung des Straßenabschnitts erfolgte am 4. September 2020.

Es kann davon ausgegangen werden, dass sich dadurch die Lärmbelastung für die umgebende Wohnbebauung um 3 dB(A) verringert hat. Nach Umsetzung der Maßnahme verbleibt noch ein Wohngebäude, das mit einer Belastung von über 60 dB(A) L_{Night} betroffen ist.

Bei Aufhebung der nächtlichen Geschwindigkeitsbeschränkung muss nachts mit einer Pegelerhöhung von 2,4 dB(A) gerechnet werden. Somit würden ausschließlich der Gebäudelärmkarte der Stadt Ravensburg zu den vier Häusern im Randbereich der Sanierung, die mit über 60 dB(A) oder mehr belastet sind, weitere sechs Häuser und 55 Personen mit 60 dB(A) und oder mehr belastet werden. Der Auslösewert von 55 dB(A) nachts würde für weitere zwei Häuser mit 16 Bewohnern überschritten. Die Lärmbelastung bei diesen Häusern liegt auch mit der Geschwindigkeitsreduzierung heute bereits bei 56 und 57 dB(A) und damit im gesundheitskritischen Bereich, was verkehrsbeschränkende Maßnahmen bei der Fortschreibung des Lärmaktionsplans rechtfertigen würde, wenn die Maßnahme nicht schon getroffen wäre.

Aktuell bereitet die Stadt Ravensburg den Lärmaktionsplan Stufe 3 vor. Voraussichtlich wird hierbei auch die Gartenstraße wieder als Lärmschwerpunkt untersucht und erneut geprüft, ob und welche Maßnahmen zur weiteren Lärminderung erforderlich sein werden.

Ebenso ist geplant, in den kommenden Jahren weitere Abschnitte der insgesamt 1,5 Kilometer langen Gartenstraße zu sanieren und den Straßenraum seiner jetzigen und künftigen Funktion anzupassen.

2. Rechtliche Würdigung

Die Geschwindigkeitsbegrenzung wurde zum Schutz der Wohnbevölkerung vor Lärm und Abgasen eingeführt. Gemäß § 45 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) kann die Straßenverkehrsbehörde die Benutzung bestimmter Straßen oder Straßenstrecken aus diesem Grund beschränken.

Grundlage waren die Lärmkarte und der Lärmaktionsplan Stufe 1 der Stadt Ravensburg.

Abzuwägen ist der Gesundheitsschutz der Anwohnerinnen und Anwohner gegen eine mögliche Erhöhung der Leichtigkeit des Verkehrs bei Aufhebung von Geschwindigkeitsbeschränkungen. Die vorliegende Lärmbelastung befindet sich aktuell immer noch in einem gesundheitskritischen Bereich, sodass ein Tätigwerden der Gemeinde erforderlich ist. Die Auswirkungen der hohen Lärmbelastung werden von der Gemeinde schwerer gewichtet als eine mögliche Verkehrserleichterung zur Nachtzeit, zu der in diesem Bereich nur geringer Verkehr stattfindet.

Zudem ist der Straßenabschnitt, auf dem sich durch Einbau eines lärmoptimierten Asphalts die Gegebenheiten tatsächlich verändert haben nur circa 200 Meter lang. Eine Änderung würde eine von den unmittelbar anschließenden Straßen abweichende Regelung bedeuten, die auf der Kürze der Strecke für die Verkehrsteilnehmer nur schwer nachvollziehbar wäre.

Selbst wenn die Geschwindigkeitsbeschränkung aufgrund des Lärmschutzes nicht zwingend erforderlich wäre, handelt es sich hierbei um einen zulässigen Lückenschluss. Im weiteren Verlauf der Gartenstraße sowie auf der Schussenstraße gilt auch weiterhin die Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h in der Zeit von 22:00 Uhr bis 6:00 Uhr.

Eine Grundlage für die nächtliche Geschwindigkeitsbeschränkung ist damit weiterhin gegeben.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatte(r): Krebs

13. Petition 16/4950 betr. Abriss eines Rathauses

I. Gegenstand der Petition

Die Petentin wendet sich gegen den Abriss und Neubau des Rathauses einer Ortschaftsverwaltung. Die Petentin fordert, dass die zuständige Kommunalaufsichtsbehörde die Genehmigung dieses „Millionenprojektes“ versagt und das Land Baden-Württemberg keine Fördermittel für dieses Projekt gewährt.

II. Sachverhalt

Nach Auskunft der Stadt wird das alte Rathaus nicht abgebrochen. Das Gebäude wird im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklung der neuen Ortsmitte vom neuen Eigentümer erweitert und einer neuen Nutzung – seniorenrechtliches Wohnen und evtl. Büros im Erdgeschoss – zugeführt.

Bereits im Jahr 2011 wurde für die Entwicklung der neuen Ortsmitte eine Planungswerkstatt unter Beteiligung von Bürgern und Ortspolitikern durchgeführt

und ein gemeinsames Zielbild erarbeitet. Ideen waren hier unter anderem die Schaffung eines einheitlichen Ortsbildes im Kernbereich des Teilortes, sowie ein neues öffentliches Gebäude in Form eines Dorfgemeinschaftshauses in Kombination mit unterschiedlichen Wohnformen zur Identifizierung einer lebendigen Mitte. Insbesondere ein gemeinsamer öffentlicher Platz und eine verstärkte öffentliche Nutzung des Rathauses wurden präferiert.

Bereits im April 2018 haben der Ortschaftsrat und im Mai 2018 der Gemeinderat die weiterentwickelte städtebauliche Zielkonzeption für die neue Ortsmitte einstimmig öffentlich beschlossen.

Die städtebauliche Zielkonzeption sieht eine Mischung von verschiedenen Wohnformen, Verwaltung und öffentlichen Gemeinschaftsflächen in der neuen Ortsmitte vor. Hierfür sollen neue Verwaltungsflächen und ein neuer Dorfplatz auf zentralgelegenen städtischen Flächen entstehen, die einen zeitgemäßen Zuschnitt erlauben, sowie ein ausreichend großer multifunktionaler Bürger- und Sitzungssaal. Die Zielkonzeption sah darüber hinaus den Verkauf des bestehenden Rathauses mit den zu klein gewordenen Flächen vor, das jedoch erhalten und unter weitgehender Beibehaltung der vorhandenen Bausubstanz zu Wohnungen umgenutzt werden sollte.

Nach Durchführung eines öffentlichen Ausschreibungsverfahrens für die neue Ortsmitte wurde im Dezember 2019 dem wirtschaftlichsten Bieter der Zuschlag durch den Gemeinderat erteilt. Des Weiteren wurde beschlossen, das alte Rathausgebäude sowie die brachliegende Grundstücksfläche für den Bau eines zukunftsfähigen Wohnquartiers für durchmischte Generationen und soziale Schichten mit Dienstleistungsnutzung zu verkaufen.

Als Ersatz für die Verwaltungsräume und den Sitzungs- und Bürgersaal des Ortschaftsrates im alten Rathaus soll nach Auskunft der Stadt ein Neubau des Rathauses in der neuen Ortsmitte auf einer großen nicht bebauten Brachfläche in zentraler Ortslage entstehen. Die neue Ortsmitte umfasst dabei neben dem Rathausgebäude

- einen neuen angrenzenden Dorfplatz,
- ein inklusives Wohnquartier mit seniorengerechten Wohnungen,
- bezahlbare Wohnungen,
- geförderte Wohnungen in den Ebenen 2 und 3 im neuen Rathausgebäude,
- Eigentumswohnungen sowie
- den Umbau des inzwischen bereits verkauften und in peripherer Lage der neuen Ortsmitte liegenden bestehenden Rathauses zu seniorengerechten Wohnungen unter weitgehender Berücksichtigung der getätigten Modernisierungen der vergangenen Jahre. Die Stadt hat mitgeteilt, dass die mitverkauften behindertengerechten Einbauten größtenteils erhalten und weiterhin genutzt werden können.

Nach Auskunft der Stadt werden die Rathaus- und Verwaltungsflächen des Neubaus ohne Fördergelder errichtet.

Für eine öffentlich zugängliche behindertengerechte „Toilette für alle“ ist die Beantragung einer Bezuschussung der Ausstattung in Höhe von maximal 12.000 Euro vorgesehen. Für die geplanten acht städtischen Sozialwohnungen über den Rathausflächen ist die Verwaltung beauftragt, einen Förderantrag im Programm Mietwohnungsfinanzierung BW – Neubau – Wohnungen zu stellen.

III. Rechtliche Würdigung

Nach Artikel 28 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes (GG) haben die Gemeinden im Rahmen ihres gesetzlichen Aufgabenbereiches nach Maßgabe der Gesetze das Recht auf Selbstverwaltung. Die Veräußerung einer Liegenschaft obliegt als privatrechtliche Tätigkeit der öffentlichen Hand der Gemeinde im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung nach Artikel 28 Absatz 2 Satz 1 GG in Verbindung mit Artikel 71 Absatz 1 der Verfassung des Landes Baden-Württemberg. Auch der Neubau des Rathauses sowie die weiteren vorgesehenen Maßnahmen fallen unter die kommunale Selbstverwaltung. In Angelegenheiten der kommunalen Selbstverwaltung beschränkt sich die Aufsicht darauf, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung sicherzustellen; die Aufsicht ist so auszuüben, dass die Entscheidungskraft und die Verantwortungsfreiheit der Gemeinde nicht beeinträchtigt werden (§ 118 Absatz 1 und 3 der Gemeindeordnung – GemO). Ein Einschreiten der Rechtsaufsicht muss darüber hinaus im öffentlichen Interesse erforderlich sein.

Verkauf des alten Rathauses:

Entgegen dem Vortrag der Petentin ist ein Abriss des alten Rathauses weder erfolgt noch vorgesehen. Der Beschluss des Gemeinderates, das Gebäude zu verkaufen, ist rechtlich nicht zu beanstanden.

Nach § 92 Absatz 1 der GemO darf die Gemeinde Vermögensgegenstände, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben nicht braucht, veräußern.

Der Gemeinderat trifft als Hauptorgan der Gemeinde nach § 24 Absatz 1 GemO alle wesentlichen – auch finanzpolitischen – Entscheidungen. Der Gemeinderat hat somit als Hauptorgan der Gemeinde die alleinige Entscheidungsbefugnis über den Verkauf des Gebäudes. Einen entsprechenden Beschluss hat der Gemeinderat am 9. Dezember 2019 gefasst. Gegen die Gesetzmäßigkeit des Beschlusses bestehen von der Rechtsaufsichtsbehörde aus kommunalrechtlicher Sicht keine Bedenken. Fragen der Zweckmäßigkeit der Entscheidung sind einer Überprüfung durch die Rechtsaufsicht entzogen.

Neubau des Rathauses:

Aufgrund des oben beschriebenen grundgesetzlich verankerten Rechts auf kommunale Selbstverwaltung entscheidet die Gemeinde im Rahmen der Gesetze

selbstständig und in eigener Verantwortung über den Neubau des Rathauses. Für ein Einschreiten der Rechtsaufsicht bestehen keine Anhaltspunkte. Die Rechtsaufsichtsbehörde achtet darauf, dass die Haushaltswirtschaft so geplant und geführt wird, dass die stetige Erfüllung der gemeindlichen Aufgaben gesichert ist (§ 77 Absatz 1 Satz 1 GemO). Es ist jedoch nicht Aufgabe der Rechtsaufsicht, die vom Gemeinderat als demokratisch gewählte Vertretung der Bürgerschaft vorgenommene Planung und Realisierung einzelner städtischer Vorhaben zu überprüfen. Der Stadt sind die gesetzlichen Vorgaben bekannt.

Gewährung von Fördermitteln des Landes:

Nach Auskunft der Stadt werden die Rathaus- und Verwaltungsflächen des Neubaus ohne Fördergelder errichtet. Lediglich für eine öffentlich zugängliche behindertengerechte „Toilette für alle“ sowie die geplanten acht städtischen Sozialwohnungen über den Rathausflächen ist die Beantragung von Fördermitteln vorgesehen. Über die Bewilligung der noch zu beantragenden Fördermittel werden die zuständigen Stellen zu gegebener Zeit entscheiden.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatterin: Krebs

14. Petition 16/5011 betr. Bau eines Schussenparks, Veränderung der Schussen, FFH-Gebiet

Der Petent wendet sich gegen die geplante Umgestaltung der Schussen durch die Stadt Ravensburg im Bereich des dortigen Bahnhofs.

Die Prüfung der Petition hat Folgendes ergeben:

Das vom Petent beschriebene Vorhaben ist dem zuständigen Landratsamt und dem Regierungspräsidium so ebenfalls nur aus der in der Petition angeführten Presseberichterstattung bekannt. Die Stadt ist bislang weder mit prüffähigen Planungen noch mit einer konkreten Vorhabensanfrage auf die Behörden zugekommen. Der Landesbetrieb Gewässer im Regierungspräsidium hat zu früheren Vorplanungen berichtet, dass die Schussen zu einem erlebbaren Landschaftselement umgestaltet werden sollte, d. h. eine Aufwertung des Flussufers als grüner Park und Naturerfahrungsraum. Bisher versiegelte Flächen würden naturnah umgestaltet, ein Seitenarm ließe eine Insel entstehen. Weiter sei eine „stehende“ Surfwelle geplant, die für zusätzliche Attraktivität des Planungsgebietes Sorge. Das bisher mit Flussbausteinen naturfern fixierte Ufer werde aufgelöst. Zum Schutz der Stadt vor Hochwasser solle ein „Wall“ entlang der Schussen entstehen. Auf Anfrage hat die Stadt mitgeteilt, dass auch dort noch keine genaueren Details der Planung vorhanden sind. Eine Beteiligung

der betroffenen Fachbehörden werde jedoch selbstverständlich erfolgen, sobald ein entsprechender Planungsstand erreicht sei.

Aktuell ist nach Kenntnisstand des zuständigen Landratsamts bislang lediglich ein Förderantrag im Rahmen des Programms „Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels“ beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit gestellt worden, der mittlerweile auch positiv beschieden wurde.

Unabhängig davon kann zu dem in der Petition angesprochenen Bereich berichtet werden, dass die Schussen derzeit ein technisch ausgebauten Gewässer 1. Ordnung mit hydromorphologischen Defiziten und ohne Zugangs- und Erlebnismöglichkeiten für die Bevölkerung sowie Teil des FFH-Gebiets 8223-311 ist. Laut Managementplan für das FFH-Gebiet vom 26. September 2020 sind dort keine derjenigen Lebensraumtypen und Arten vorhanden, für die das FFH-Gebiet ausgewiesen wurde. Der betreffende Abschnitt ist laut Gewässerstrukturkartierung als „sehr stark bis vollständig verändert“ deklariert, aufgrund der Lage zwischen dem Bahnhofsgelände und Gewerbebetrieben stark vorbeeinträchtigt und verfügt demzufolge über ein hohes Aufwertungspotenzial durch Renaturierungsmaßnahmen.

Bewertung:

Da derzeit keine konkrete Vorhabensbeschreibung mit Planunterlagen vorliegt, sind keine Beeinträchtigungen von Rechten oder Interessen des Petenten noch von anderen Schutzgütern, insbesondere Umweltschutzgütern, feststellbar.

Die dem Landesbetrieb Gewässer im Regierungspräsidium bekannten Vorplanungen werden grundsätzlich begrüßt, da damit der gerade für Siedlungsbereiche positive Aspekt „Mensch und Gewässer – Gewässer erleben“ im Stadtbereich aktiv aufgenommen und gestaltet werden soll.

Mit dem Rückbau harter Ufersicherungen ergeben sich darüber hinaus gewässerökologische Entwicklungsmöglichkeiten für eine naturnahe Ufergestaltung mit größerer Varianz der Wasserlebensräume für Fische und kleine Gewässerlebewesen. Hingegen bestehen gegen die Planung einer „stehenden Surfwelle“ in der Schussen erhebliche Bedenken, die dazu notwendigen Umbauten im Gewässerbett werden nach aktuellem Stand abgelehnt. An Gewässern 1. Ordnung ist nach dem Wassergesetz des Landes der Landesbetrieb Gewässer im Regierungspräsidium Träger der Unterhaltungs- und Ausbaulast. Durch eine stehende Welle würde die Durchgängigkeit der Schussen für Fische und kleine Wasserlebewesen in Frage gestellt oder gar unterbrochen. Unklar sind die Auswirkungen auf die Hochwassersicherheit. Insgesamt bestünde die Gefahr, dass am Gewässer eine Art „Wassererlebnispark“ entstehen würde, der zum einen in seinen wasserwirtschaftlichen und gewässerökologischen Auswirkungen derzeit nicht abgeschätzt werden kann und zum anderen den wasserrechtlichen Gemeingebrauch überschreiten würde.

Eine konkretisierende Vorhabenplanung wäre an den geltenden rechtlichen Bestimmungen auszurichten, dazu zählen vorliegend vor allem die naturschutzrechtlichen und wasserrechtlichen Vorschriften. Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, dass eine Planung entgegen diesen Vorgaben erfolgen könnte.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatlerin: Krebs

15. Petition 16/4688 betr. Bausache

I. Gegenstand der Petition

Die Petentin begehrt mit ihrer Petitionsschrift vom 10. Juli 2020, dass dem vom Landratsamt als zuständiger unterer Baurechtsbehörde in einem formlosen Schreiben geforderten Rückbau des Gartenzauns nicht Rechnung getragen werden muss, und dass sowohl ein Gewächshaus als auch ein Holzhäuschen auf dem teilweise im Außenbereich befindlichen Grundstück stehen bleiben dürfen.

II. Die Prüfung der Petition ergab Folgendes:

1. Sachverhalt

Die Petentin ist seit dem 9. März 2018 die grundbuchmäßige Eigentümerin des betroffenen Grundstücks.

Bereits seit September 2017 waren auf dem rückwärtigen Grundstücksteil mehrere Wohnwagen und Anhänger abgestellt und gelagert, die von der Straße her zu sehen waren. Die Wohnwagen wurden durch eine Familie bewohnt. Auf das vorangegangene Petitionsverfahren 16/2342 (vgl. Drucksache 16/5058) wird verwiesen.

Der Landtag hat in seiner Sitzung vom 8. November 2018 zu der vorangegangenen Petition einen Beschluss dergestalt gefasst, dass die Frist zur Beseitigung der Wohnwagen und Anhänger bzw. zum Unterlassen der Nutzung des rückwärtigen Grundstücksbereichs als Stellplatz bis Jahresende (31. Dezember 2018) verlängert werden könne, sofern die abgestellten Wohnwagen und Anhänger tatsächlich bis spätestens 31. Dezember 2018 vom petitionsgegenständlichen Grundstück entfernt werden. Gleichzeitig wurde die Rechtswidrigkeit der Grundstücksnutzung und die Möglichkeit des bauordnungsrechtlichen Einschreitens dargelegt.

Das Landratsamt hat mit Schreiben vom 26. November 2018 der Petentin die Sach- und Rechtslage dargelegt und bat sie um Veranlassung, dass die Wohnwagen und Anhänger fristgerecht vom Grundstück entfernt werden. Für den Fall der Nichterledigung kündigte das Landratsamt ihr den Erlass einer förm-

lichen und gebührenpflichtigen Beseitigungsanordnung und Nutzungsuntersagung an.

Eine Baukontrolle durch das Landratsamt am 9. Januar 2019 ergab, dass sich auf dem Grundstück noch vier Wohnwagen, zwei Anhänger und ein abgemeldeter Pkw befanden. Mit baurechtlicher Entscheidung vom 11. Februar 2019 wurde dann verfügt, dass die auf dem Grundstück abgestellten Wohnwagen und Anhänger bis spätestens 15. März 2019 zu beseitigen sind. Gleichzeitig wurde die Nutzung des rückwärtigen Grundstücksbereichs als Abstellplatz untersagt. Die sofortige Vollziehbarkeit der Verfügung gemäß § 80 Absatz 2 Nummer 4 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) wurde angeordnet. Des Weiteren wurde ein Zwangsgeld in Höhe von 500 Euro für den Fall angedroht, dass die Wohnwagen und Anhänger nicht fristgerecht entfernt werden und das Grundstück nach Ablauf des 15. März 2019 weiterhin als Abstellplatz genutzt wird.

Die im Folgenden durch die Petentin eingereichten Rechtsmittel wurden abgelehnt (Antrag nach § 80 Absatz 5 VwGO) bzw. zurückgenommen (Widerspruch mit Schreiben vom 4. Juli 2019).

Da die Wohnwagen und Anhänger immer noch nicht vom Grundstück entfernt worden waren und das Grundstück nach wie vor als Abstellplatz genutzt wurde, wurde gegen die Petentin mit Verfügung vom 29. Oktober 2019 ein Zwangsgeld in Höhe von 500 Euro festgesetzt. Gleichzeitig wurde ein Zwangsgeld in Höhe von 750 Euro für den Fall angedroht, dass die Verpflichtungen aus der baurechtlichen Entscheidung vom 11. Februar 2019 nicht bis zum 31. Dezember 2019 erfüllt werden.

Daraufhin wurde eine zweite Petition (16/4019) eingereicht. Der Landtag von Baden-Württemberg hat in seiner Sitzung am 20. Mai 2020 wie folgt über die Petition 16/4019 entschieden: „Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau wird gebeten, dem Landratsamt die Bitte des Ausschusses zu übermitteln, auf die Beitreibung des Zwangsgeldes aus Billigkeitsgründen ausnahmsweise zu verzichten und falls dem nicht entsprochen werden kann, eine Ratenzahlung bzw. Stundung zu prüfen“.

Die entsprechende rechtliche Überprüfung im Landratsamt ergab, dass das festgesetzte Zwangsgeld aufgehoben werden kann, sofern der letzte noch auf dem Grundstück befindliche Wohnwagen nicht im rückwärtigen Bereich (Außenbereich) sondern im vorderen Grundstücksbereich (unbeplanter Innenbereich) abgestellt ist. Zur Überprüfung der Sachlage wurde eine entsprechende Baukontrolle veranlasst.

Bei einer Kontrolle am 22. Juni 2020 durch den Baukontrolleur wurde festgestellt, dass sich der letzte noch auf dem Grundstück befindliche Wohnwagen im rückwärtigen Grundstücksbereich – und somit im Außenbereich – befindet. Des Weiteren wurde festgestellt, dass das Grundstück fast vollständig mit einer ca. 2,0 m hohen Einfriedung versehen wurde. Darüber hinaus wurde ein Holzhäuschen sowie ein Tomatengewächshaus errichtet.

Mit Schreiben vom 23. Juni 2020 teilte das Landratsamt der Petentin mit, dass das festgesetzte Zwangsgeld aufgehoben wird, soweit der Wohnwagen aus dem rückwärtigen Grundstücksbereich (Außenbereich) beseitigt wird. Außerdem wurde die Petentin aufgefordert, zum einen die Einfriedung soweit zurückzubauen, dass diese nicht mehr in den rückwärtigen Grundstücksbereich (Außenbereich) hineinragt, sowie zum anderen das Holzhäuschen und das Tomatengewächshaus in den vorderen Grundstücksbereich (Innenbereich) umzusetzen, sofern die maximal zulässigen Maße für die Verfahrensfreiheit im Außenbereich überschritten sein sollten.

2. Rechtliche Würdigung

Nach § 65 Satz 1 Landesbauordnung (LBO) kann die Baurechtsbehörde den teilweisen oder vollständigen Abbruch einer Anlage, die im Widerspruch zu öffentlich-rechtlichen Vorschriften errichtet wurde anordnen, wenn nicht auf andere Weise rechtmäßige Zustände hergestellt werden können. Eine solche Rückbauverfügung setzt mit Rücksicht auf den durch Artikel 14 Grundgesetz gewährleisteten Bestandsschutz voraus, dass die betreffende bauliche Anlage nicht durch eine Baugenehmigung gedeckt ist und seit ihrer Errichtung fortlaufend gegen materielle öffentlich-rechtliche Vorschriften verstößt. Dies ist hier der Fall. Insoweit wird auf die Landtagsentscheidung zur abgeschlossenen Petition 16/2342 verwiesen.

Der im rückwärtigen Grundstücksbereich errichtete Zaun sowie der dort noch vorhandene Wohnwagen verstoßen seit seiner Errichtung bzw. dem Aufstellen gegen materielles Baurecht.

Das Grundstück (rückwärtiger Teil) liegt außerhalb des räumlichen Geltungsbereiches eines Bebauungsplanes (§ 30 Baugesetzbuch – BauGB), außerhalb des unplanten Innenbereichs (§ 34 BauGB) und sonach im Außenbereich (§ 35 BauGB). Der vordere Grundstücksbereich liegt im (ungeplanten) Innenbereich. Zur Beurteilung der „Grenze“ zwischen Innen- und Außenbereich wurde durch das Landratsamt die auf dem westlichen Grundstück befindliche Garage herangezogen, wodurch die Petentin im Ergebnis besser gestellt wird. Grundsätzlich ist festzustellen, dass der Innenbereich unabhängig vom Verlauf der Grundstücksgrenzen unmittelbar hinter dem letzten Haus des im Zusammenhang bebauten Ortsteils endet. Maßgebend sind dabei die tatsächlich vorhandenen Gebäude, sodass auch die hintere Außenwand des Gebäudes der Petentin als Abgrenzung herangezogen werden könnte. Die Beurteilung des Landratsamtes kann jedoch so mitgetragen werden.

Der Außenbereich ist grundsätzlich von jeglicher Bebauung freizuhalten. Eine Bebauung im Außenbereich ist regelmäßig nur unter den strengen Voraussetzungen des § 35 BauGB genehmigungsfähig. Diese baulichen Anlagen fallen unter keinen Privilegierungsstatbestand des § 35 Absatz 1 BauGB, insbesondere dienen sie keinem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb.

Die baulichen Anlagen sind somit bauplanungsrechtlich nach § 35 Absatz 2 BauGB zu beurteilen, wonach

sonstige Vorhaben im Einzelfall zugelassen werden können, wenn ihre Ausführung und Benutzung öffentliche Belange nicht beeinträchtigt und die Erschließung gesichert ist. Bei den öffentlichen Belangen handelt es sich um die vom Gesetzgeber vorgegebene Interessenbewertung, grundsätzlich führt bereits jede Beeinträchtigung im Sinne einer Belastung und Einwirkung auf die Belange zur Unzulässigkeit des Vorhabens. Der im rückwärtigen Grundstücksbereich vorhandene Zaun sowie der Wohnwagen beeinträchtigen öffentliche Belange nach § 35 Absatz 3 Nr. 5 BauGB. Hierdurch werden Belange der Landschaftspflege und die natürliche Eigenart der Landschaft beeinträchtigt. Diese baulichen Anlagen sind dem Außenbereich wesensfremd, sie fügen sich nicht organisch in die Umgebung ein, sondern treten darin als Fremdkörper in Erscheinung. Eine solche Wirkung geht von einem Bauwerk immer dort aus, wo es der land- und forstwirtschaftlichen oder der sonstigen naturbedingten Nutzungsweise des Bodens widerspricht. Durch die Einzäunung und das dauerhafte Aufstellen des Wohnwagens wird das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigt und somit in Natur und Landschaft eingegriffen.

Des Weiteren wird durch die baulichen Anlagen die natürliche Eigenart (Charakter) der Landschaft und deren Erholungswert im Sinne des § 35 Absatz 3 Satz 1 Nr. 5 BauGB beeinträchtigt. Durch die errichteten baulichen Anlagen wurde der natürlich geprägte Charakter der Landschaft in einer seiner Eigenart nicht entsprechenden Weise, also in unnatürlicher Weise, verändert. Die wesensfremde Veränderung der Grundstücke führt zu einer Beeinträchtigung des Naturgenusses durch die Allgemeinheit, da der besondere Erholungswert der dortigen Landschaft nicht nur unerheblich gestört wird.

Die Einfriedung sowie der Wohnwagen im rückwärtigen Teil des Grundstücks sind somit planungsrechtlich unzulässig und damit materiell illegal.

Aus bauordnungsrechtlicher Sicht ist in diesem Zusammenhang festzustellen, dass Einfriedungen gemäß Ziffer 7b) des Anhangs zu § 50 Absatz 1 LBO dann verfahrensfrei sind, wenn diese offen und ohne Fundament sowie Sockel sind und einem land- oder forstwirtschaftlichen Betrieb dienen.

Da die Petentin keinen land- oder forstwirtschaftlichen Betrieb führt und somit die bestehende Einfriedung im Außenbereich aus vorgenannten Gründen materiell illegal und nicht genehmigungsfähig ist, wurde sie vonseiten des Baurechtsamtes im Landratsamt zum Rückbau der Einfriedung im rückwärtigen Grundstücksbereich aufgefordert. Keineswegs kam vom Landratsamt die Forderung des vollständigen Abbruchs des Zauns. Die im Innenbereich befindliche Einfriedung ist verfahrensfrei zulässig und kann belassen werden.

Ergänzend ist hierzu anzuführen, dass die aktuell auf dem Grundstück der Petentin vorhandene, rund 2 m hohe und blickdichte Einzäunung zweifelsfrei noch nicht so lange besteht, dass sich die Frage stellt, ob sie in Bestandsschutz erwachsen sein könnte. Ein etwaiger Bestandsschutz des möglicherweise früher auf

dem Grundstück vorhandenen Jägerzauns wäre mit dessen Abbruch zwischenzeitlich erloschen.

Unzutreffend ist auch der Einwand der Petentin, dass alle Nachbarn ihre Gärten mit Maschendrahtzäunen eingefriedet hätten. Wie eine Baukontrolle des Landratsamtes ergab, sind lediglich zwei Grundstücke, die direkt an das Grundstück der Petentin angrenzen, sowie zwei weitere, rund 90 m entfernt liegende Grundstücke ebenfalls eingefriedet. Teile dieser Einfriedungen bestehen offenbar schon seit vielen Jahren und sind von Hecken und Sträuchern eingewachsen. Das Landratsamt hat zugesagt, diese Grundstücke in Bezug auf die Einfriedungen zu überprüfen und je nach festgestelltem Sachverhalt in Ausübung pflichtgemäßen Ermessens und unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Unabhängig davon wäre die Einfriedung im rückwärtigen Bereich des Grundstücks der Petentin auch dann nicht genehmigungsfähig, wenn in der Nachbarschaft tatsächlich unzulässiger Weise Einzäunungen im Außenbereich errichtet worden sein sollten.

Das Holzhäuschen (2,20 m x 1,50 m x 1,85 m) sowie das Gewächshaus (2,0 m x 2,0 m x 1,85 m) dürfen am jetzigen Standort belassen werden.

Gemäß Ziffer 1a) des Anhangs zu § 50 LBO sind Gebäude ohne Aufenthaltsräume Toiletten oder Feuerstätten, wenn die Gebäude weder Verkaufs- noch Ausstellungszwecken dienen, im Innenbereich bis 40 m³, im Außenbereich bis 20 m³ Brutto-Rauminhalt verfahrensfrei möglich. Laut Petitionsschrift überschreiten diese beiden baulichen Anlagen den max. zulässigen Brutto-Rauminhalt nicht.

Beschlussempfehlung:

Die Petition wird insoweit für erledigt erklärt, als das Holzhäuschen und das Tomatengewächshäuschen an den aktuellen Standorten belassen werden dürfen. Die bestehende Einfriedung ist im rückwärtigen Grundstücksbereich bis auf die Höhe der auf dem westlichen Nachbargrundstück bestehenden Garage zurückzubauen, damit diese nicht mehr bis in den Außenbereich hineinragt. Im Übrigen kann der Petition nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Kenner

16. Petition 16/5023 betr. Beantwortung von Schreiben

Der Petent hatte sich mit mehreren Fragen zum Sonderkontingent für besonders schutzbedürftige Frauen und Kinder aus dem Nordirak an das Staatsministerium gewandt.

Die erste Frage bezog sich auf die jährlichen Kosten für die Frauen und Kinder des Sonderkontingents. Da

der Petent das Staatsministerium angeschrieben hatte, bezog sich die Antwort auf die finanzielle Förderung des Sonderkontingents im Einzelplan des Staatsministeriums.

Hier waren „für die notwendige Begleitung der aufnehmenden Stadt- und Landkreise, die fachliche Beratung bei bundesweiten und internationalen Anfragen und Kooperationen sowie die Unterstützung der Arbeit der über das Sonderkontingent aufgenommenen UN-Sonderbotschafterin für Überlebende des Menschenhandels, Nadia Murad“ pro Jahr 500.000 Euro (ab 2020 400.000 Euro) vorgesehen.

Aufgrund verschiedener Finanzierungsträger und -quellen lässt sich eine jährliche Darstellung aller Aufwendungen für die Frauen und Kinder des Sonderkontingents nicht darstellen. Eine gewisse Annäherung ergibt eine Antwort des Innenministeriums Baden-Württemberg auf eine Landtagsanfrage (Drucksache 16/6754) vom 2. August 2019:

„Die Aufnahmekreise haben für jede von ihnen aufgenommene Person gemäß § 2 Absatz 1 der Sonderkontingentsverordnung Nordirak (VO Nordirak) zwischen 2015 und 2018 für den Zeitraum der vorläufigen Unterbringung jeweils eine Pauschale von 42.000 Euro erhalten [...]. Aus der Pauschale wurde von den Stadt- und Landkreisen die Unterbringung und sozialpsychologische Betreuung der Frauen und Kinder sichergestellt. [...] Darüber hinaus konnten – und können – die Aufnahmekreise Gesundheitsleistungen für die aus dem Kontingent aufgenommenen Personen spitz abrechnen. Bislang hat das zuständige Regierungspräsidium Karlsruhe den Stadt- und Landkreisen für die fraglichen Gesundheitsleistungen insgesamt 4.484.784,02 Euro (Stand: 28. Juni 2019) überwiesen [...].

[...] Die Frauen und Kinder, die im Rahmen des Sonderkontingents aufgenommen wurden und die ihren Lebensunterhalt nach wie vor nicht selbst decken können, erhalten weiterhin insbesondere Leistungen zur Sicherung des notwendigen Lebensunterhalts sowie Gesundheitsleistungen nach dem AsylbLG. Die Höhe dieser Leistungen kann nicht beziffert werden. Zusätzlich werden bei Bedarf niedrigschwellige Therapieformen sowie Fahrt- und Dolmetscherkosten, die im Zusammenhang mit Gesundheitsleistungen anfallen, bis längstens 31. Dezember 2021 über ein Förderprogramm des Innenministeriums gewährt.“

Die zweite Frage bezog sich auf die Zahl der ezidischen Frauen, die sich therapeutisch behandeln lassen. Das Staatsministerium hat in seiner Antwort auf die aufnehmenden Stadt- und Landkreise verwiesen, da dazu keine Zahlen im Staatsministerium vorliegen. Eine Erhebung, wie viele Frauen und Kinder sich einer Therapie unterziehen mussten bzw. noch müssen, würde einen unverhältnismäßigen Aufwand nach sich ziehen und dürfte darüber hinaus datenschutzrechtlich bedenklich sein. Insofern war die Antwort des Staatsministeriums sachgerecht.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staatsministeriums Baden-Württemberg bemühen sich, die Vielzahl der Bürgerbriefe sachgerecht und freundlich

zu beantworten. Auf die Briefe des Petenten erfolgten insgesamt drei Antworten in Schreiben vom 4. Februar 2019, vom 24. Oktober 2019 und vom 27. März 2020.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedienen sich vorliegender Quellen, können aber aufgrund des Arbeitsdrucks nicht in jedem Fall zu Einzelfragen umfangreiche eigene Erhebungen anstellen. Deswegen wird eine Antwort evtl. nicht immer als ausreichend wahrgenommen. Der Vorwurf des Petenten, das Staatsministerium habe „dreist und offensichtlich die Unwahrheit“ behauptet, wird zurückgewiesen. Zur weiteren Beantwortung seiner Fragen wird der Petent auf die o. a. Antwort in Drucksache 16/6754 hingewiesen.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatterin: Seemann

17. Petition 16/4953 betr. Bestattung von Kriegsgefangenen in Hechingen, Eintragung in der Kriegsgräberliste

Der Petent bringt vor, dass in Hechingen (Zollernalbkreis) sechs russische Kriegsgefangene des Ersten Weltkriegs bestattet seien. Der Petent bittet um Überprüfung, ob diese Gräber in der Kriegsgräberliste des Landes Baden-Württemberg aufgeführt seien.

Die Prüfung der Petition hat Folgendes ergeben:

Die Stadt Hechingen führt aus, dass die in der Petitionsschrift genannten Grabstätten namentlich in der bei der Stadt Hechingen geführten Ausfertigung der Kriegsgräberliste aufgelistet seien. Bei einer der vom Petenten angeführten Grabstätte ergibt sich eine abweichende Schreibweise des Namens in der Gräberliste.

Die vom Petenten angeführten Kriegsgräber sind Gräber, die unter das Gesetz über die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft (Gräbergesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Januar 2012, das zuletzt durch Artikel 3 Absatz 2 des Gesetzes vom 4. Dezember 2018 geändert worden ist, fallen.

Als zuständige Behörden für die Feststellung der Gräber, den Nachweis in Gräberlisten und die Fortschreibung der Gräberlisten sind im Land die Gemeinden bestimmt. Danach ist die Stadt Hechingen zuständig für die Feststellung der Gräber, den Nachweis in Gräberlisten und die Fortschreibung der Gräberlisten, für die auf ihrem Gebiet liegenden Gräber, die unter das Gräbergesetz fallen. Dieser Verpflichtung kommt die Stadt Hechingen auch im Falle der in der Petitionsschrift genannten Grabstätten nach.

Beschlussempfehlung:

Die Petition wird für erledigt erklärt.

Berichterstatter: Kenner

18. Petition 16/4991 betr. Bausache

I. Gegenstand der Petition

Der Petent wendet sich gegen den von der Stadt als zuständiger unterer Baurechtsbehörde erteilten negativen und inzwischen bestandskräftigen Bauvorbescheid bezüglich des Abbruchs eines Wohn- und Ökonomiegebäudes und der Errichtung eines Wohnhauses mit Doppelgarage. Das Grundstück sei seit 140 Jahren bebaut und es könne nicht sein, dass eine Neubebauung wegen mangelnder Erschließung nicht genehmigt werden könne. Die Landesbauordnung (LBO) müsse in einem solchen Fall eine Ausnahme ermöglichen.

II. Die Prüfung der Petition ergab Folgendes:

1. Sachverhalt

Mit Antrag vom 28. Juni 2019 hat der Petent eine Bauvoranfrage bei der Stadt für die Errichtung eines Wohnhauses mit Doppelgarage eingereicht.

Konkret wurden folgende Fragen gestellt bzw. Folgendes vorgetragen:

- wie groß ein Gebäude in Höhe und Grundfläche errichtet werden dürfe;
- die Überfahrt aus den vorliegenden eingetragenen Rechten in Güterbuch und Grundbuch ausreiche;
- die bestehenden Leitungen, Brauchwasser- und Abwasserleitung durch die entsprechenden Satzungen der früheren Gemeinde gesichert seien.

Das Grundstück des Petenten liegt als Hinterliegergrundstück nicht unmittelbar an der öffentlichen Straße bzw. in angemessener Breite an einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche. Weiterhin hat das Grundstück des Petenten auch keine befahrbare, über Baulast öffentlich-rechtlich gesicherte Zufahrt zu einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche. Im petitionsgegenständlichen Fall war die geplante Zufahrt über acht Grundstücke geplant, für die keine öffentlich-rechtliche Baulast vorlag.

Bereits im Jahr 2016 wurden vom Baurechtsamt der Stadt die notwendigen Baulasten vorbereitet und die jeweiligen Grundstückseigentümer angeschrieben. Allerdings kamen die Baulasten nie zur Unterzeichnung.

Der Petent versuchte im ordentlichen Rechtsweg die Grundstückseigentümer zur Abgabe einer Baulastübernahmeerklärung zu verpflichten und führte dafür in erster Instanz ein Verfahren vor dem Landgericht und in zweiter Instanz vor dem Oberlandesgericht. Das Landgericht hat mit Urteil vom 10. August 2018 aufgrund von bestehenden Rechten aus zivilrechtlichen Grunddienstbarkeiten dem Petenten als Kläger Recht gegeben und die Grundstückseigentümer als Beklagte zur Abgabe einer Baulastübernahmeerklärung verpflichtet. Das Oberlandesgericht hat in der Berufungsinstanz die Abänderung und Klageabweisung entschieden.

Der beantragte Bauvorbescheid wurde daher mit Bescheid vom 25. September 2019 versagt.

Zwar würde sich das Grundstück gemäß § 34 Baugesetzbuch (BauGB) in die nähere Umgebungsbebauung einfügen, jedoch sei die Erschließung des Gebäudes nicht gesichert. Auch seien die Wasser- und Abwasserleitungen nicht öffentlich-rechtlich gesichert.

Daraufhin hat der Petent mit Schreiben vom 16. Oktober 2019 Widerspruch gemäß § 68 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) gegen den negativen Bauvorbescheid erhoben. Der Petent trägt vor, dass die Zufahrt durch Eintragung im Servituten- und Güterbuch gesichert sei. Er verweist außerdem auf das zivilrechtliche Gerichtsverfahren, das mit Urteil des Oberlandesgerichts vom 8. Mai 2019 beendet wurde.

Die untere Baurechtsbehörde hat dem Widerspruch nicht abgeholfen und diesen anschließend dem Regierungspräsidium zur Entscheidung vorgelegt.

Das Regierungspräsidium hat den Widerspruch mit Entscheidung vom 5. Mai 2020 als zulässig aber unbegründet zurückgewiesen.

2. Rechtliche Beurteilung

Gemäß § 57 Absatz 2 i. V. m. § 58 Absatz 1 Satz 1 Landesbauordnung (LBO) ist ein positiver Bauvorbescheid zu erteilen, wenn dem Vorhaben keine von der Baurechtsbehörde zu prüfenden öffentlich-rechtlichen Vorschriften entgegenstehen.

Gemäß § 4 LBO dürfen Gebäude nur errichtet werden, wenn das Grundstück in angemessener Breite an einer befahrbaren öffentlich-rechtlichen Verkehrsfläche liegt oder eine befahrbare, öffentlich-rechtlich gesicherte Zufahrt zu einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche hat.

Die Vorschrift des § 4 Absatz 1 LBO stellt bauordnungsrechtliche Anforderungen an Grundstücke, auf denen Gebäude im Sinne des § 2 Absatz 2 LBO errichtet werden sollen; sie dient dem vorbeugenden baulichen Brandschutz, der vom grundsätzlichen Erfordernis eines zweiten Rettungsweges ausgeht (§ 15 Absatz 3; § 2 Ausführungsverordnung zur Landesbauordnung, LBOAVO). Grundstücke sind für eine Bebauung mit Gebäuden geeignet, wenn sie in angemessener Breite an einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche liegen. Diese muss nach ihrem tatsächlichen Ausbauzustand und ihrer tatsächlichen Breite so befahrbar sein, dass die Feuerwehr im Falle eines Brandes das Grundstück mit Löschfahrzeugen zur Durchführung wirksamer Löscharbeiten und zur Rettung von Menschen und Tieren erreichen kann. Das Grundstück muss in ausreichender Breite an einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche liegen. „Gefangene Grundstücke“ – so wie im petitionsgegenständlichen Fall – erfüllen diese Voraussetzung nicht.

Grundstücke sind für eine Bebauung mit Gebäuden auch geeignet, wenn sie zwar nicht in angemessener Breite an einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche liegen, aber alternativ eine befahrbare öffent-

lich-rechtlich gesicherte Zufahrt zu einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche haben (§ 4 Halbsatz 1, 2. Alternative). Die Zufahrt vom Grundstück zu einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche muss allerdings öffentlich-rechtlich gesichert sein. Die Landesbauordnung verlangt eine öffentlich-rechtliche Sicherung der Zufahrt, damit nicht ohne behördliche Mitwirkung der Rechtsanspruch auf die Zufahrt nach der Errichtung des Gebäudes aufgehoben werden kann. Eine nur privatrechtliche Sicherung der Zufahrt, etwa durch eine Grunddienstbarkeit bzw. beschränkt persönliche Dienstbarkeit zugunsten der Baurechtsbehörde reicht hierfür nicht aus. Dass es um den Zugang zum Grundstück schon privatrechtliche Differenzen gibt, zeigen die geführten Gerichtsprozesse. Umso mehr ist eine öffentlich-rechtliche Sicherung erforderlich. Als öffentlich-rechtliche Sicherung kommt die Übernahme einer (Zufahrts-)Baulast im Sinne des § 71 Absatz 1 LBO durch den Grundstückseigentümer des zu belastenden Grundstückes – hier des Petenten – in Betracht. Die Baulast ist im petitionsgegenständlichen Fall ein bauordnungsrechtliches Instrument, um das bestehende öffentlich-rechtliche Hindernis in Gestalt der fehlenden Erschließung auszuräumen. Wie im Sachverhalt allerdings dargestellt, weigern sich die betroffenen Grundstückseigentümer eine entsprechende Baulast zu übernehmen. Eine öffentlich-rechtliche Sicherung durch Baulast liegt somit nicht vor.

Auch die speziellen Voraussetzungen für die Erteilung einer bauordnungsrechtlichen Befreiung liegen nicht vor. Nach § 56 Absatz 5 LBO kann von den Vorschriften in den §§ 4 bis 39 dieses Gesetzes oder aufgrund dieses Gesetzes Befreiung erteilt werden, wenn Gründe des allgemeinen Wohls die Abweichung erfordern oder die Einhaltung der Vorschrift im Einzelfall zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung auch unter Würdigung nachbarlicher Interessen mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist.

Die Zulässigkeit einer Befreiung wird somit an unterschiedliche sehr enge tatbestandliche Voraussetzungen geknüpft. Im konkreten Fall ist namentlich dem Umstand Bedeutung beizumessen, dass die Erschließung (Bauvoranfrage) über insgesamt acht Grundstücke führt. Diese sind allerdings keineswegs ausreichend, da vor allem die „Schlüsselgrundstücke“ unmittelbar an der öffentlichen Verkehrsfläche keine Eintragungen zugunsten des Grundstücks des Petenten aufweisen. Eine Abweichung wäre somit mit den öffentlichen Belangen unvereinbar. Öffentliche Belange sind hierbei alle diejenigen Interessen, die durch die betreffende Norm geschützt werden sollen. Dies sind die mit der Landesbauordnung verfolgten Ziele, namentlich die öffentliche Sicherheit und Ordnung, die Baugestaltung, der Brandschutz, Belange der Wohlfahrt und der Schutz von Rechten Dritter.

Somit standen dem Vorhaben öffentlich-rechtliche Vorschriften in Gestalt der Erschließungsvorschrift des § 4 Absatz 1 LBO entgegen, sodass der Widerspruch gegen den Bauvorbescheid zu Recht vom Regierungspräsidium zurückgewiesen wurde.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Kenner

19. Petition 16/5083 betr. Wechsel als Lehrer an Gymnasien in Baden-Württemberg

Der Petent begehrt die Versetzung nach Baden-Württemberg im Zuge des Lehreraustauschverfahrens zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Er ist als verbeamtete Gymnasiallehrkraft (Fächer Physik und Biologie) im Land Schleswig-Holstein an einem Gymnasium tätig. Als Grund für seinen Versetzungswunsch nennt er die notwendige Betreuung seiner Mutter, die mit 81 Jahren allein in ihrer Wohnung in X (Baden-Württemberg) lebe. Ein der Petition beigefügtes ärztliches Attest betätigt, dass die Mutter aufgrund einer chronischen Erkrankung sehr geschwächt und dauerhaft auf Hilfe und Pflege angewiesen ist. Der Petent macht geltend, dass er für die Organisation der Betreuung und Pflege seiner Mutter in deren Nähe wohnen müsse. Ein möglicher Umzug seiner Mutter nach Schleswig-Holstein wird vom Petenten nicht thematisiert. Die Einweisung in ein Pflegeheim lehnt die Mutter des Petenten nach seinen Angaben derzeit noch ab.

Die Prüfung der Petition hat Folgendes ergeben:

Das Lehreraustauschverfahren zwischen den Ländern ist eingerichtet zur Familienzusammenführung und aus sonstigen sozialen Gründen. Der Petent hat einen Antrag auf Versetzung nach Baden-Württemberg zum 1. August 2021 gestellt. Das Land Schleswig-Holstein hat ihm die Freigabe erteilt. Ende März/Anfang April wird das Verfahren zwischen den Ländern durchgeführt. Dem Regierungspräsidium Karlsruhe wurde als zuständiger Aufnahmebehörde die Personalakte des Petenten übersandt. Die aktuelle dienstliche Beurteilung vom 28. August 2020 bewertet die Leistungen des Petenten mit der Note 4, was im Lehrerbereich mit einer unzureichenden Leistung gleichzusetzen ist. Aufgrund dieser dienstlichen Beurteilung musste die Probezeit des Petenten verlängert werden. Auch in den vielfältigen Unterrichtsbesuchen durch den Schulleiter wurden Mängel in der Unterrichtsgestaltung und Fachdidaktik in beiden Fächern des Petenten festgestellt. Der Petent benötigt und erhält weiterhin die kontinuierliche Fortbildung und Unterstützung durch die jeweiligen Fachschaftsvorsitzenden in elementaren Bereichen wie Unterrichtsgestaltung und Fachdidaktik.

Im Rahmen der sonstigen Verfahren zur Lehrereinstellung hat sich der Petent bisher nicht für eine Stelle an einer baden-württembergischen Schule beworben.

Im Rahmen des Ländertauschverfahrens haben die persönlichen Gründe der wechselwilligen Lehrkräfte und die damit zusammenhängenden sozialen Aspekte eine zentrale Bedeutung.

Trotzdem dürfen Leistungsgesichtspunkte nicht völlig außer Acht gelassen werden, denn es ist im Interesse des Landes, dass die in Baden-Württemberg beschäftigten Lehrkräfte ihre Unterrichtsaufgaben auch nachkommen können, um so den Erziehungs- und Bildungsanspruch der Schülerinnen und Schüler zu erfüllen.

Darüber hinaus darf auch im Ländertauschverfahren die Bedarfslage im aufnehmenden Bundesland nicht völlig aus den Augen verloren werden. In der vom Petenten gewünschten Einsatzregion herrscht aktuell und auch auf absehbare Zeit ein deutlicher Bewerberüberhang bei den gymnasialen Lehramtsbewerberinnen und -bewerbern für allgemeinbildende Gymnasien.

Ergebnis:

In Abwägung der beschriebenen Aspekte wäre folgender Kompromiss denkbar: Zunächst muss der Petent die in seiner Personalakte dokumentierten unzureichenden dienstlichen Leistungen soweit stabilisieren, dass ihm selbstständiger Unterricht ohne fortlaufende Unterstützungsmaßnahmen möglich ist. Dies wäre von seinem jetzigen Dienstherrn, dem Land Schleswig-Holstein uneingeschränkt zu bestätigen und zu dokumentieren. Für den Fall, dass ihm dies gelingt, könnte dem Petenten aus Sicht des Kultusministeriums in Aussicht gestellt werden, dass er zu einem späteren Versetzungstermin an eine Gemeinschaftsschule in der vom ihm angegebenen Zielregion versetzt werden wird. In dieser Schulart herrscht großer Bedarf in den Fächern des Petenten.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann über den dargestellten Kompromissvorschlag hinaus nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Kenner

20. Petition 16/5018 betr. Neubau der Tauberbrücke in Weikersheim-Elpersheim

I. Gegenstand der Petition

Der Petent wendet sich gegen die Ausgestaltung des Ersatzneubaus der Tauberbrücke im Zuge der Kreisstraße 2853 in Weikersheim-Elpersheim.

II. Die Prüfung der Petition ergab Folgendes:

1. Sachverhalt

Die Tauberbrücke in Weikersheim-Elpersheim (Baujahr 1950) überführt die K 2853 in Elpersheim über die Tauber und dient als einzige unmittelbare Querung der Tauber in diesem Teilort von Weikersheim. Die Vorgängerbrücke wurde in den letzten Tagen des zweiten Weltkrieges gesprengt. Durch sie ist der südliche Teil von Elpersheim mit dem nördlichen Teil und dem sich dort befindlichen Bahnhof verbunden.

Die Brücke wird vom Straßen-, Fußgänger- und Radverkehr genutzt.

Bei dem Bauwerk handelt es sich um ein Kreisbauwerk in der Baulast des Main-Tauber-Kreises. Die Planungen des Ersatzneubaus erfolgen ausschließlich durch den Landkreis in Abstimmung mit der Stadt Weikersheim.

Die letzte Hauptprüfung des Bauwerks fand im Jahr 2018 statt. Im Zuge der Prüfung ist die Brücke mit der Zustandsnote 3,0 bewertet worden. Entsprechend den Vorschriften bedeutet dies, dass das Bauwerk sich in einem nichtausreichenden Zustand befindet und die Stand- und/oder Verkehrssicherheit des Bauwerks beeinträchtigt sind sowie eine umgehende Instandsetzung erforderlich ist. Vor allem im Bereich der Dauerhaftigkeit des Bauwerks sind mittelfristig größere Beeinträchtigungen zu erwarten. Im Prüfbericht wurde eine Reihe von Maßnahmen für die Instandsetzung empfohlen.

In den Jahren 1991 bis 1993 sind statische Untersuchungen des Regierungspräsidiums Stuttgart durchgeführt worden. Dabei wurde die Möglichkeit untersucht, das Bauwerk in die Brückenklasse 30/30 nach DIN 1072 einzustufen. Nach damaligem Ergebnis ist aufgrund von Defiziten bei der vorhandenen Bewehrung jedoch nur die Einstufung in die Brückenklasse 24 (Tonnagebeschränkung auf 24 Tonnen) möglich. Infolge der Aufarbeitung der vorhandenen Unterlagen wurde von einem Ingenieurbüro festgestellt, dass eine Anhebung des Lastniveaus durch Verstärkungsmaßnahmen auf die Brückenklasse 30/30 nicht möglich ist. Um die Brücke im Rahmen der Klassifizierung uneingeschränkt nutzen zu können, ist ein Ersatzneubau der Brücke notwendig.

Öffentliche Straßen sind Straßen, Wege und Plätze, die dem öffentlichen Verkehr gewidmet sind. Zu den öffentlichen Straßen gehört u. a. der Straßenkörper, dazu zählen auch Brücken (§ 2 StrG). Die K 2853 ist als Kreisstraße eingeteilt (§ 3 Absatz 1 StrG) und gewidmet. Sie dient vorwiegend dem überörtlichen Verkehr.

Durch die Beschränkung des Schwerlastverkehrs wird der Gemeingebrauch beschränkt. Die Beschränkung wurde durch amtliche Verkehrszeichen kenntlich gemacht. Die widmungsgemäße Nutzung von Straßen und Brücken darf durch verkehrsrechtliche Regelungen nicht auf Dauer ausgeschlossen werden. Aufgrund der Bedeutung des Bauwerkes für das Straßennetz im Main-Tauber-Kreis (u. a. mögliche Umleitungsstrecke ohne Nutzungseinschränkung bzw. Erreichbarkeit des Gewerbeparks „Tauberhöhe“) ist der Entfall der Tonnagebeschränkung der Brücke und somit der Ersatzneubau der Brücke unumgänglich.

Aus Umweltschutzgründen ist es sinnvoll, dem Straßenverkehr möglichst alle Fahrtrichtungen anzubieten, damit Mehrkilometer mit entsprechender Belastung für die Umwelt vermieden werden können. Die Tonnagebeschränkung der Tauberbrücke in Elpersheim verursacht aktuell eine Umleitungsstrecke für den Schwerlastverkehr von der L 1001 kommend durch die Kernstadt Weikersheim.

Die Brücke stellt eine wichtige Verbindung zu bestehenden Gewerbegebieten dar und dient auch als wichtiges Bindeglied von der L 1001 zur B 290, Bad Mergentheim–Crailsheim. Die derzeit zu fahrenden Mehrkilometer entfallen zukünftig mit dem Neubau.

Im Zuge des Ersatzneubaus werden die Gehwegkappen auf der Brücke und die Gehsteige im Anschlussbereich der Brücke (Stadt Weikersheim) auf die aktuell erforderlichen Maße verbreitert. Diese Maßnahme erhöht die Sicherheit des Fußgängerverkehrs.

Während des Abbruchs des Bestandsbauwerks und der Herstellung des Neubaus muss die Kreisstraße im Bereich des Brückenbauwerks komplett gesperrt werden. Daher ist der Straßen-, Fußgänger- und Radverkehr umzuleiten. Die Einrichtung einer Behelfsbrücke für Fahrzeuge wurde in der Vorplanung untersucht. Aufgrund der unverhältnismäßig hohen Kosten einer Behelfsumfahrung für den Straßenverkehr und der für die Bauzeit tolerierbaren Umfahrungsmöglichkeit, wird dieser aus wirtschaftlichen und somit auch ökologischen (aufwendigere Baumaßnahme mit deutlichem Mehrverbrauch an Ressourcen) Gründen überörtlich umgeleitet. In Abstimmung mit der Stadt Weikersheim wurde eine Behelfsumfahrung für den Rad- und Fußgängerverkehr als ausreichend angesehen.

Am 4. Oktober 2018 wurde ein Ingenieurbüro mit der Vorplanung beauftragt. Es erfolgte eine Variantenuntersuchung (Balkenbrücke, Rahmenbrücke, Bogenbrücke) bei der sich die Balkenbrücke als wirtschaftlichste Variante ergab. In Abstimmung zwischen Landkreis und der Stadt Weikersheim wurde der Neubau als Balkenbrücke favorisiert. Dieser Lösungsvorschlag wurde dem Stadtrat im Rahmen einer Klausurtagung der Stadt Weikersheim am 9. November 2019 vorgestellt und von diesem nach ausführlicher Diskussion zur Kenntnis genommen. Hier konnte das subjektive und objektive Interesse des Stadtrates an dem Neubau festgestellt werden.

Am 11. Dezember 2019 erfolgte durch den Kreistag der Planungsbeschluss (Fortführung der Planung mit Entwurfsplanung) für den Ersatzneubau als Balkenbrücke und eine Behelfsumfahrung für den Fußgänger- und Radverkehr.

Am 10. Februar 2020 fand eine Bürgerinformation zum Ersatzneubau der Tauberbrücke in Elpersheim statt, in der der Bevölkerung der aktuelle Planungsstand vorgestellt wurde.

Nach Vorliegen der wasserrechtlichen Erlaubnis ist vorgesehen, den Baubeschluss am 20. Januar 2021 im Kreistag einzuholen. Danach soll im Frühjahr 2021 die Ausschreibung und Mitte 2021 die Vergabe der Bauleistung erfolgen. Diese zeitliche Schiene ist erforderlich, damit die Baumaßnahme im Jahr 2022 abgeschlossen und 2023 abgerechnet werden kann und somit die Fördergelder gemäß der „VwV Kommunaler Sanierungsfonds Brücken“ nicht verfallen (ca. 1 Mio. Euro). Somit liegt es im Interesse der Allgemeinheit, dass es bei der Baumaßnahme zu keiner Verzögerung kommt.

2. Stellungnahme zu den Kritikpunkten

Ortsbildprägende Bogenbrücke:

Die vorhandene Bogenbrücke aus Stahlbeton ist ein nüchternes technisches Betonbauwerk. Eine ortsbildprägende Funktion ist nicht zu erkennen. Dafür spricht auch, dass die aktuelle Brücke in keiner Weise vom Tourismusverband für den Main-Tauber-Kreis beworben wird. Nach Vorabstimmungen steht die bestehende Tauberbrücke nicht unter Denkmalschutz.

Ausbau der Kreisstraße 2853 zwischen der Ortsdurchfahrt Elpersheim und dem Gewerbegebiet Tauberhöhe:

Die K 2853 zwischen der Ortsdurchfahrt Elpersheim und dem Gewerbegebiet Tauberhöhe ist im Ausbauprogramm des Main-Tauber-Kreises enthalten. Der Beginn der Planung ist im Jahr 2023 vorgesehen. Für diesen Straßenabschnitt ist keine Zählstelle vorhanden. Aufgrund der umliegenden Zählstellen kann davon ausgegangen werden, dass nach einem Ersatzneubau der Tauberbrücke mit einer durchschnittlichen täglichen Verkehrsstärke zwischen 500 und 1.000 Kfz/24h zu rechnen ist. Die vorhandene Fahrbahnbreite beträgt zwischen 4,60 m und 4,80 m. Der Streckenabschnitt wird aktuell bereits von Schwerverkehr und landwirtschaftlichen Fahrzeugen genutzt. Die Strecke weist nach der Unfallauswertung der Polizei keine Unfallsauffälligkeit auf (drei Unfälle in fünf Jahren) und ist geeignet, nach dem Ersatzneubau der Tauberbrücke, die anfallenden Verkehrsströme abzuwickeln.

Befahren mit Fahrzeugen über 24 Tonnen:

Von einem Ingenieurbüro wurde eine konkrete landwirtschaftliche Fahrzeugkombination statisch überprüft. Diese Kombination kann die aktuelle Tauberbrücke mit Auflagen (kein Begegnungsverkehr dieser Fahrzeugkombination auf der Brücke) passieren. Nachrechnungen für weitere Fahrzeuge liegen dem Straßenbauamt nicht vor.

Unterschriftensammlung:

Die Unterschriftenliste wurde trotz mehrmaliger Aufforderung weder dem Landratsamt noch der Stadt zur Einsichtnahme und Prüfung vorgelegt. Deshalb kann die Behauptung des Petenten, 70% der Einwohner seien gegen die neue Brücke, was von den politisch Verantwortlichen in Stadt und Kreis übergangen werde, vonseiten des Landratsamtes nicht verifiziert werden.

Gewerbegebiet Tauberhöhe:

Für angebliche gemeinsame Absprachen zwischen der vom Petenten angeführten Spedition, dem Bürgermeister sowie dem Landrat gibt es keinerlei Grundlage.

Umleitung:

Für den Zeitraum der Vollsperrung wird der Verkehr vom Straßenbauamt über das klassifizierte Straßennetz überörtlich umgeleitet. Ein Anrecht auf die Nutzung der durch die Vollsperrung betroffenen Straßen besteht nicht (§ 13 Absatz 2 StrG [Gemeingebrauch], § 14 Absatz 1 StrG [Beschränkung des Gemeingebrauchs]). Umfahrungen sind somit gesetzlich zulässig.

Die Verkehrssituation der überörtlichen Umleitungsstrecke wird in einer Verkehrsschau mit der Stadt Weikersheim, der Polizei, der Verkehrsbehörde, den Vertretern der Landwirtschaft und den jeweiligen Straßenbaulastträgern besprochen. Die Einsatzpläne der Rettungsdienste werden an die verkehrsrechtliche Anordnung angepasst. Die geplante Balkenbrücke in Verbundbauweise hat ebenfalls den Vorteil, die Dauer der Vollsperrung der Tauberquerung und somit die Dauer der überörtlichen Umleitung auf ein Minimum zu reduzieren (Vollsperrung Balkenbrücke = 11 Monate; Bogenbrücke = 16 Monate). Von der kürzeren Bauzeit profitiert neben der Umwelt auch die während der Bauzeit abgeschaltete Wasserkraftnutzung (für den Bau ist eine Absenkung der aufgestauten Tauber erforderlich).

Auflastungssystem der Firma X (Querkraft und Schubverstärkung):

Das System ist dem Straßenbauamt bekannt. Eine vergleichbare Verstärkungsmaßnahme an einem Brückenbauwerk im Main-Tauber-Kreis befindet sich aktuell in der Planungsphase. Bei dem statischen Defizit an der Tauberbrücke in Elpersheim ist ein derartiges System nicht zielführend.

3. Bewertung

Das Baurecht wird über eine wasserrechtliche Erlaubnis erlangt, bei der die entsprechenden Träger öffentlicher Belange beteiligt werden (§ 37 Absatz 6 StrG). Dies entspricht der Feststellung der unwesentlichen Bedeutung. Für die temporäre Inanspruchnahme von Grundstücken werden mit den betroffenen Eigentümern Vereinbarungen getroffen. Dauerhafter Grunderwerb ist nicht erforderlich. Der Denkmalschutz wird im Rahmen der wasserrechtlichen Erlaubnis beteiligt. Nach Vorabstimmungen steht die bestehende Tauberbrücke nicht unter Denkmalschutz. In der Tauber befinden sich Reste einer alten Holzbrücke, die während des Baus archäologisch dokumentiert werden sollen.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Hörner

21. Petition 16/5006 betr. Bausache

I. Gegenstand der Petition

Der Petent wendet sich gegen die Verfügung der unteren Baurechtsbehörde des Gemeindeverwaltungsverbands (GVV) zur Beseitigung zahlreicher baulicher Anlagen auf seinem Grundstück, das sich im Außenbereich befindet. Er bittet um die Aussetzung der Beseitigungsverfügung sowie eine Erstattung der bisher entrichteten Zwangsgelder.

Der Petent führt aus, dass er gegenüber den benachbarten Grundstückseigentümern, die ihre Grundstücke nach seiner Auffassung uneingeschränkt bebauen dürfen, benachteiligt werde.

II. Die Prüfung der Petition ergab Folgendes:

1. Sachverhalt

Das betreffende Grundstück ist mit einer Hütte, zwei Überdachungen, der Einfassung einer ehemaligen Holzterrasse, einem Parkplatz (Holzdeck), einem Holzlager, diversen Wassercontainern und -tonnen, einer Einfriedung, einem Schaukelgerüst, einer Rutschbahn, diversem Baumaterial und einem Pool bebaut. Es befindet sich im bauplanungsrechtlichen Außenbereich und ist von Wiesen und Feldern umgeben.

Die untere Baurechtsbehörde des Gemeindeverwaltungsverbands stellte im Rahmen einer Baukontrolle am 28. Februar 2008 fest, dass auf dem Grundstück eine Baugrube mit einer Grundfläche von 20 m² und einer Tiefe von 1,60 m ausgehoben wurde. Sie forderte den Petenten daraufhin mit Schreiben vom 19. März 2008 auf, die Bauarbeiten einzustellen. Mit Schreiben vom 26. März 2008 stellte der Petent einen Bauantrag für sein Vorhaben eines unterkellerten Gartenhauses, zog diesen aber am 3. Juni 2008 wieder zurück.

Im Rahmen einer weiteren Baukontrolle am 8. Dezember 2016 wurde festgestellt, dass auf dem Grundstück des Petenten ein Geräteschuppen neu errichtet wurde. Auf dem Grundstück befanden sich außerdem zwei Hütten, zwei Überdachungen, zwei Gewächshäuser, eine Holzterrasse, ein Toilettenhäuschen, ein Parkplatz, ein Holzlager, diverse Wassercontainer und -tonnen, eine Einfriedung, ein Schaukelgerüst, eine Rutschbahn sowie ein Anhänger. Der Petent wurde daraufhin mit Schreiben vom 9. Dezember 2016 aufgefordert, die baulichen Anlagen bis auf eine zulässige Hütte mit einem Brutto-Rauminhalt von maximal 20 Kubikmetern zu beseitigen. Eine Baukontrolle am 1. Juni 2017 ergab, dass lediglich die Holzterrasse größtenteils zurückgebaut worden war.

Mit Schreiben vom 15. August 2017 wurde der Petent daher erneut aufgefordert, der Beseitigung der baulichen Anlagen nachzukommen.

Am 15. März 2018 hat die Baurechtsbehörde festgestellt, dass zwischenzeitlich die beiden Gewächshäuser, die Holzterrasse (bis auf ihre Einfassung) sowie der Geräteschuppen entfernt wurden. Der Petent wur-

de daher erneut aufgefordert, auch die weiteren baulichen Anlagen zu entfernen.

Da der Petent den Abbruch der weiteren baulichen Anlagen dennoch nicht vollzog, wurde er mit Schreiben vom 29. Oktober 2018 zum wiederholten Male zur Beseitigung der genannten baulichen Anlagen aufgefordert.

Er trug daraufhin im Rahmen eines Gesprächs gegenüber der Baurechtsbehörde vor, dass die benachbarten Grundstückseigentümer ihre baulichen Anlagen nicht beseitigen müssten und daher eine Ungleichbehandlung vorliege. Die Baurechtsbehörde teilte dem Petenten mit, dass mit der Gesamterhebung des Gebietes im Februar 2019 begonnen wurde und umfassende Maßnahmen zur Beseitigung der unrechtmäßigen Zustände eingeleitet werden. Für die Beseitigung seiner baulichen Anlagen wurde dem Petenten eine Fristverlängerung bis zum Ende des Jahres 2019 zugestanden. Darüber hinaus wurde ihm mit Schreiben vom 11. April 2019 zugesagt, den Vollzug der Beseitigungsanordnung für die Spielgeräte bis zum 31. Dezember 2032 auszusetzen, um dem jüngsten Enkelkind des Petenten die Nutzung der Geräte bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres zu ermöglichen.

Eine weitere Baukontrolle am 19. Februar 2020 ergab, dass die übrigen baulichen Anlagen durch den Petenten auch weiterhin nicht entfernt wurden. Mit Schreiben vom 2. März 2020 erfolgte daher eine Zwangsgeldandrohung.

Am 14. Juli 2020 wurde festgestellt, dass eine Hütte und das Toilettenhäuschen entfernt worden waren. Die weiteren baulichen Anlagen bestanden allerdings weiterhin. Zudem hatte der Petent auf dem Grundstück einen Pool neu errichtet.

Mit Schreiben vom 16. Juli 2020 wurde daher das vorab angedrohte Zwangsgeld festgesetzt, gleichzeitig ein weiteres Zwangsgeld angedroht, für den Fall, dass der Rückbau der unzulässigen baulichen Anlagen auch weiterhin, bis spätestens 31. Oktober 2020 nicht erfolgen sollte. Gegen die Anordnung reichte der Petent mit Schreiben vom 26. August 2020 Widerspruch ein. Der Widerspruch liegt dem Regierungspräsidium zur Entscheidung vor.

Im Rahmen einer mündlichen Unterredung trug der Petent gegenüber der Baurechtsbehörde des Gemeindeverwaltungsverbands vor, dass ein Teil der baulichen Anlagen zwischenzeitlich entfernt worden sei. Für die Beseitigung der noch bestehenden baulichen Anlagen bat er um eine Fristverlängerung. Die untere Baurechtsbehörde stimmte einer Fristverlängerung bis zum 31. Dezember 2020 zu.

2. Beurteilung des Falles, insbesondere rechtliche Würdigung

Da sich das Baugrundstück im Außenbereich befindet, richtet sich die bauplanungsrechtliche Beurteilung der Vorhaben nach § 35 Baugesetzbuch (BauGB).

Nach § 35 Absatz 1 Nummer 1 BauGB ist ein Vorhaben im Außenbereich nur zulässig, wenn öffentliche

Belange nicht entgegenstehen, die ausreichende Erschließung gesichert ist und wenn es, wie zum Beispiel ein Vorhaben eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebs, privilegiert ist. Die baulichen Anlagen sind zweifelsfrei keine privilegierten Vorhaben.

Die baulichen Anlagen sind auch als sonstige Vorhaben nach § 35 Absatz 2 BauGB nicht zulässig, da sie seit ihrer Errichtung öffentliche Belange nach § 35 Absatz 3 BauGB beeinträchtigen. Insbesondere wird die natürliche Eigenart der Landschaft und ihr Erholungswert beeinträchtigt, da das Vorhaben der naturgegebenen Bodennutzung der Außenbereichslandschaft widerspricht und einen Fremdkörper in der Landschaft bildet. Die Vorhaben werden zudem nicht von den begünstigten Vorhaben nach § 35 Absatz 4 BauGB erfasst. Die Voraussetzungen für die Anordnung des Rückbaus des wesentlichen Teils der baulichen Anlagen liegen damit vor.

Auf dem Grundstück darf unter Berücksichtigung des Grundsatzes der größtmöglichen Schonung des Außenbereichs lediglich ein nach Ziffer 1 Buchstabe a) des Anhangs zu § 50 Absatz 1 Landesbauordnung (LBO) verfahrensfreies Gebäude mit bis zu 20 Kubikmeter Brutto-Rauminhalt errichtet werden. In diesem Fall ist anzunehmen, dass von dem Vorhaben keine erheblichen bodenrechtlichen Spannungen ausgehen.

Die Anordnung des Abbruchs der baulichen Anlagen auf dem Grundstück ist rechtlich nicht zu beanstanden. Nach § 65 Absatz 1 Satz 1 LBO kann der Abbruch für Anlagen, die im Widerspruch zu öffentlich-rechtlichen Vorschriften errichtet wurden, angeordnet werden, wenn nicht auf andere Weise rechtmäßige Zustände hergestellt werden können.

Eine solche Rückbauverfügung setzt mit Rücksicht auf den durch Artikel 14 Grundgesetz (GG) gewährleisteten Bestandsschutz voraus, dass die betreffenden baulichen Anlagen nicht durch eine Baugenehmigung oder einen Zulassungsbescheid gedeckt sind und seit ihrer Errichtung fortlaufend gegen materielle öffentlich-rechtliche Vorschriften verstoßen. Dies ist vorliegend der Fall.

Die baulichen Anlagen sind nicht durch eine Baugenehmigung gedeckt, also formal nicht zulässig. Sie verstoßen zudem seit ihrer Errichtung gegen materielles Baurecht.

Die Baurechtsbehörde hatte daher nach pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden, ob ein Abbruch der baulichen Anlagen angeordnet werden muss. Grundsätzlich handelt sie in Übereinstimmung mit dem Zweck der gesetzlichen Ermächtigung und damit rechtmäßig, wenn sie die Beseitigung einer im Widerspruch zum materiellen Baurecht errichteten Anlage anordnet. Es entspricht unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung und zur Vermeidung von Präzedenzfällen regelmäßig ordnungsgemäßer Ermessensbetätigung, die Beseitigung einer materiellen illegalen Anlage anzuordnen.

Auf andere Weise als durch den Abbruch der weiteren baulichen Anlagen (bis auf eine Hütte, die Spielgeräte sowie einen Wassercontainer und -tonne) können auf

dem Grundstück keine rechtmäßigen Zustände hergestellt werden.

Der mit der Petition angestrebten Duldung der unrechtmäßig errichteten baulichen Anlagen steht das öffentliche Interesse an der Einhaltung der baurechtlichen Vorschriften entgegen. Aufgrund der negativen Vorbildwirkung kann nicht hingenommen werden, dass bestandskräftige Anordnungen nicht vollzogen werden und rechtswidrig errichtete bauliche Anlagen geduldet werden. Die Duldung eines rechtswidrigen Zustandes kann nur veranlasst sein, wenn ganz konkrete Anhaltspunkte dafürsprechen, ihn ausnahmsweise in Kauf zu nehmen. Derartige besondere Umstände sind vorliegend nicht gegeben. Denn soweit der Petent geltend macht, auf die Nutzung der widerrechtlich errichteten Anlage angewiesen zu sein, ist dies im Hinblick auf die Ausübung des Abbruchermessens, das eine rechtswidrig errichtete und nicht legalisierungsfähige bauliche Anlage voraussetzt, schon deswegen unbeachtlich, weil der Petent nicht bessergestellt werden kann als ein Bauherr, der nach Ablehnung seines Bauantrages auf die Verwirklichung des von ihm als notwendig empfundenen Vorhabens verzichtet.

Die Baurechtsbehörde ist dem Petenten bereits insofern entgegengekommen, als die unrechtmäßig errichteten Spielgeräte bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres seines Enkelkinds geduldet werden. Ein Rechtsanspruch auf ein derartiges Entgegenkommen besteht nicht.

Auch die Erstattung des zu entrichtenden Zwangsgelds ist nicht möglich. Das Zwangsgeld wurde rechtmäßig zur Durchsetzung der angeordneten Rückbaumaßnahmen mittels nicht begünstigendem Verwaltungsakt festgesetzt. Nach § 49 Absatz 1 LVwVfG kann ein rechtmäßiger nicht begünstigender Verwaltungsakt nicht widerrufen werden, wenn ein Verwaltungsakt gleichen Inhalts erneut erlassen werden müsste. Dies wäre aufgrund der rechtswidrig errichteten baulichen Anlagen auf dem Grundstück der Fall.

Ein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz liegt schon deswegen nicht vor, weil die Baurechtsbehörde des Gemeindeverwaltungsverbands auch gegen die weiteren illegalen Anlagen in der Umgebung des Grundstücks vorgeht. Aus dem Gleichbehandlungsgrundsatz des Artikels 3 Absatz 1 GG ergibt sich im Übrigen kein Anspruch auf Gleichbehandlung im Unrecht.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Miller

22. Petition 16/5014 betr. Buslinie 109 (Esslingen)

I. Gegenstand der Petition

Der Petent wendet sich gegen die zeitlich befristete Linienführung der Buslinie 109, welche aufgrund der Sperrung der Geiselbachstraße in Esslingen über Uhlbach nach Obertürkheim umgeleitet wird.

II. Die Prüfung der Petition ergab Folgendes:

1. Kurze Schilderung des Sachverhalts

Aufgrund der dringend notwendigen Kanalsanierung und der damit verbundenen Vollsperrung der Geiselbachstraße wurde durch die Stadt Esslingen ein Verkehrsgutachten beauftragt, um eine Alternative für den Busverkehr vom Bürgerhaus RSKN in Esslingen über Stuttgart-Uhlbach nach Stuttgart-Obertürkheim zur S-Bahn zu finden. Hierbei sollten auch die Überlegungen des Bezirksbeirats von Uhlbach und des Technischen Ausschusses der Stadt Stuttgart zu einer Durchführung mit Kleinbussen einbezogen und deren Konsequenzen aufgezeigt werden. Im Gutachten wurde herausgearbeitet, dass die prognostizierten Fahrgastzahlen einen Betrieb mit Kleinbussen in den Hauptverkehrszeiten ausschließen. Es wurde dargestellt, dass von 6:00 bis 9:00 Uhr und von 12:00 bis 20:00 Uhr mit Standardomnibussen gefahren werden muss, um genügend Fahrgastkapazität bereitstellen zu können. Um dies zu ermöglichen, wurden auf der Tiroler Straße durch den Wegfall einiger Parkplätze Ausweichstellen geschaffen, an denen das Begegnen eines Omnibusses mit dem Individualverkehr gefahrlos möglich ist. Zudem konnte die Stadt Esslingen und der Städtische Verkehrsbetrieb Esslingen am Neckar (SVE) in Zusammenarbeit mit der SSB erreichen, dass in Uhlbach noch weitere Haltestellen eingerichtet werden konnten.

Zum Start der Linie 109 Ende März 2020 konnte der SVE dann abweichend von seiner Vorplanung aufgrund des pandemiebedingten Lockdowns direkt mit drei Kleinbussen auch in der Hauptverkehrszeit starten. Der durchgängige Betrieb mit Kleinbussen wurde bis zum Ende der Sommerferien im September 2020 durchgeführt. Aufgrund der Aufnahme des Regelbetriebs an den Schulen zu Beginn des neuen Schuljahres und des damit erwarteten erhöhten Fahrgastaufkommens wurde am 14. September 2020 der Betrieb mit Standardbussen während der Hauptverkehrszeit aufgenommen. Parallel dazu führte der SVE eine dreiwöchige Fahrgastzählung durch, um festzustellen, ob die nun eingeschränkten Einsatzzeiten der Kleinbusse wieder ausgedehnt bzw. verlängert werden können.

Die Auswertung der Fahrgastzählungen ergab, dass die Einsatzzeiten der Kleinbusse deutlich ausgedehnt werden konnten. Seit dem 19. Oktober 2020 verkehren die Kleinbusse an den Tagen Montag bis Donnerstag von 9:00 bis 15:00 Uhr und von ca. 18:00 bis 20:00 Uhr. Am Freitag müssen bereits ab 13:00 Uhr wieder die Standardbusse eingesetzt werden, da freitags der Berufsverkehr früher beginnt. Ab 18:00 Uhr wird der Linienverkehr an Freitagen wieder von

Kleinbussen durchgeführt. Die Analyse der Fahrgastzahlen ergab, dass die umgeleitete Omnibuslinie 109 nicht nur von Pendlerinnen und Pendlern aus Esslingen, sondern auch von Pendlerinnen und Pendlern aus Stuttgart, die in Esslingen arbeiten, genutzt wird. Zudem wird die Linie auch von Anwohnerinnen und Anwohnern der Tiroler Straße innerhalb von Uhlbach genutzt, um zur Arbeit, zur Schule oder auch zum Einkaufen zu fahren.

Die Tiroler Straße hat eine Fahrbahnbreite von ca. 5,50 m bis 5,80 m. Zwei größere Fahrzeuge mit Fahrzeugbreiten von ca. 3,00 m kommen ohne ein Ausweichen auf den Gehweg nicht aneinander vorbei. Ein Befahren des Gehwegs erfolgt lediglich, um einem anderen Fahrzeug das Vorbeifahren zu ermöglichen. Dieses Fahrmanöver wird mit einer geringeren Geschwindigkeit als Schrittgeschwindigkeit ausgeführt und erfolgt mit großer Vorsicht und Rücksichtnahme. Eine Gefährdung von Fußgängerinnen und Fußgängern sowie Radfahrerinnen und Radfahrern ist nicht gegeben. Ein Befahren des Gehwegs der Tiroler Straße ist auch mit Fahrzeugen über 7,5 t Nutzlast möglich und wird unter den gegebenen Umständen von behördlicher Seite toleriert.

Die Begegnung zweier Omnibusse hat der SVE durch Anpassungen im Fahrplan grundsätzlich ausgeschlossen. Für den Fall einer Verspätung hat der Omnibus in Richtung Esslingen an der neu eingerichteten Haltestelle Luise-Benger-Straße die Durchfahrt des in Richtung Obertürkheim fahrenden Omnibusses abzuwarten. Die vom Petenten geschilderte Begegnung zweier Standardomnibusse ist einer von sehr wenigen Einzelfällen, die nur durch erhebliche Abweichungen im Betriebsablauf hervorgerufen werden. Hier hat der SVE bereits durch gezielte Schulungen des Fahrpersonals Maßnahmen ergriffen, um solche Vorkommnisse zu minimieren.

Im unteren Bereich einer langgezogenen Kurve der Tiroler Straße wurde eine Lichtsignalanlage installiert, welche verhindert, dass sich Fahrzeuge begegnen, wenn ein Omnibus in den überwachten Ampelbereich eingefahren ist. In seltenen Fällen kommt es vor, dass sich große Fahrzeuge mit dem Omnibus an Stellen treffen, wo ein Rangieren notwendig wird. Hierzu muss ein Omnibus im ungünstigsten Fall auch einige wenige Meter rückwärtsfahren. Aber auch hier ist eine Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer insbesondere von Fußgängern ausgeschlossen, da jeder eingesetzte Omnibus über eine Rückfahrkamera verfügt. Diese Kamera ermöglicht den Omnibusfahrerinnen und Omnibusfahrern die Fahrbahn hinter dem Omnibus deutlich einzusehen.

2. Beurteilung des Falles, insbesondere rechtliche Würdigung

Es ist kein Vorkommnis bekannt, bei dem es erkennbar zu einer Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern gekommen ist. Die Forderung des Petenten nach einem zweiten Fahrer in den Omnibussen ist aufgrund der vorgenannten Rahmenbedingungen nicht notwendig. Die Bedingungen

auf der Tiroler Straße sind für einen Linienverkehr mit Standardomnibussen sicherlich nicht optimal. Es wurden jedoch im Vorfeld der Betriebsaufnahme durch die Stadt Stuttgart, die Stadt Esslingen und dem SVE Rahmenbedingungen geschaffen, die einen zeitlich befristeten gefahrlosen Omnibusverkehr ermöglichen.

Zudem wird der SVE die Fahrgastentwicklung weiter beobachten. Ziel ist es, die Einsatzzeiten der Kleinbusse auch in Zukunft zu erweitern.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Miller

23. Petition 16/5221 betr. Justizvollzug, Einzelhaft

Der Petent beanstandet die Anordnung von Einzelhaft durch die Justizvollzugsanstalt, die Modalitäten dieser Unterbringung sowie seine anschließende Verlegung in das Justizvollzugskrankenhaus.

Gegen den Petenten wurden am 14. August 2020 aufgrund seines unberechenbar fremdaggresiven Verhaltens im Justizvollzug durch die Justizvollzugsanstalt zunächst umfangreiche Sicherungsmaßnahmen – bis zum 24. August 2020 Einzelhaft mit Einzelhofgang und Haftraumöffnung durch zwei Bedienstete, ab dem 24. August 2020 wegen zunehmender Eigen- und Fremdgefährdung Unterbringung im besonders gesicherten Haftraum – angeordnet. Der Petent hatte unter anderem versucht, einen Mitgefangenen grundlos anzugreifen, einen Tabakhaufen im Haftraum entzündet und Essen im Haftraum verteilt, um die von ihm dort wahrgenommenen Vögel zu füttern. Aufgrund der Verschlechterung des gesundheitlichen Zustands des Petenten wurde er am 28. August 2020 zur medizinischen Behandlung in das Justizvollzugskrankenhaus verlegt, wo er bis zum 16. September 2020 medizinisch behandelt wurde.

Die zuständige Strafvollstreckungskammer des Landgerichts hat den gegen die vom Petenten beanstandeten vollzuglichen Maßnahmen gerichteten Antrag des Petenten auf gerichtliche Entscheidung mit Beschluss vom 18. Januar 2021 als unbegründet zurückgewiesen. Die Behandlung des Gefangenen sei auf Grundlage der Regelungen des Justizvollzugsgesetzbuchs unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit erfolgt.

Die Verfahrensweise der Justizvollzugsanstalt ist nicht zu beanstanden.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Miller

24. Petition 16/5222 betr. Justizvollzug, Vergabe von Aufträgen

Der Petent beschwert sich bezüglich der Justizvollzugsanstalt über nicht näher ausgeführte „intrafamiliäre Verflechtungen“ (1.), die Auftragsvergabe an Fremdfirmen (2.), die Arbeitseinteilung und Bezahlung der Gefangenen (3.), „den Menschenraub vom 30. April 2014“ (4.) und die Nichtermöglichung der Teilnahme an einer Sitzung des Petitionsausschusses des Bayerischen Landtags (5.).

Die Prüfung der Petition hat Folgendes ergeben:

Zu 1. („intrafamiliäre Verflechtungen“):

In der Justizvollzugsanstalt sind derzeit über 250 Bedienstete aus der umliegenden Region beschäftigt. Insofern bestehen unter den Bediensteten teilweise auch Verwandtschaftsverhältnisse oder andere private Verbundenheiten.

Nachdem der Petent keine konkreten Sachverhalte benennt, ist eine weitergehende Nachprüfung nicht möglich.

Zu 2. (Auftragsvergabe an Fremdfirmen):

Zutreffend ist, dass im Bereich des Bauunterhalts in Abstimmung mit dem zuständigen Bauamt durch den vom Petenten angesprochenen Vollzugsdienstleiter im Bagatellbereich Aufträge an externe Firmen vergeben werden.

Insofern steht die Vergabe allerdings unter der Aufsicht des Verwaltungsleiters der Justizvollzugsanstalt und zudem unter der Überwachung durch das zuständige Bauamt. Anhaltspunkte für unsachliches Handeln haben sich hierbei in der Vergangenheit nicht ergeben. Im Übrigen ist das pauschal gehaltene Vorbringen einer weitergehenden Nachprüfung nicht zugänglich.

Zu 3. (Arbeitseinteilung und Bezahlung der Gefangenen):

Gemäß § 47 Absatz 1 Justizvollzugsgesetzbuch Buch 3 sind Gefangene verpflichtet, eine ihnen zugewiesene, ihren Fähigkeiten angemessene Arbeit auszuüben, soweit sie dazu körperlich in der Lage sind, wobei sie zudem jährlich bis zu drei Monate – und mit ihrer Zustimmung auch darüber hinaus – zu Hilfstätigkeiten in der Justizvollzugsanstalt verpflichtet werden können. Insofern werden die Gefangenen entsprechend § 49 Absatz 2 Justizvollzugsgesetzbuch Buch 3 vergütet.

Dementsprechend werden auch Gefangene in der Justizvollzugsanstalt unter Beachtung dieser Voraussetzungen zur Erledigung von Arbeiten herangezogen, die zwar im Sachzusammenhang mit an Fremdfirmen vergebenen Aufträgen stehen können, aber gerade nicht an diese vergeben wurden. Entgegen dem Vorbringen des Petenten werden derartige Fremdfirmen im Rahmen der Erfüllung von Aufträgen allerdings

durch die Justizvollzugsanstalt keine Gefangenen als Arbeitskräfte überlassen.

Zu 4. („Menschenraub vom 30. April 2014“):

Soweit sich der Petent auf das Vorbringen im Rahmen der Petition 15/3943 an den Landtag von Baden-Württemberg bezieht, wurde der Sachverhalt dort bereits abschließend behandelt (vgl. Drucksache 15/6173, lfd. Nummer 8).

Angesichts des pauschal gehaltenen Vortrags ist eine weitergehende Stellungnahme nicht möglich.

Zu 5. (Teilnahme an einer Sitzung des Petitionsausschusses des Bayerischen Landtags):

Zutreffend ist, dass dem Petenten im Rahmen einer Petition an den Bayerischen Landtag ein Schreiben desselben vom 30. September 2020 zugegangen ist, das eine Einladung zur Teilnahme an der Sitzung des dortigen Petitionsausschusses per Livestream enthielt.

Die Justizvollzugsanstalt hat entgegen dem Vortrag des Petenten eine Teilnahme allerdings nicht vereitelt. Vom Petenten unerwähnt bleibt vielmehr, dass der Bayerische Landtag dem Petenten mit Schreiben vom 6. Oktober 2020 mitgeteilt hat, dass es dem Petenten entgegen dem Schreiben vom 30. September 2020 nicht ermöglicht werden könne, die Ausschusssitzung über einen Livestream mitzuverfolgen. Bei Abfassung der Einladung sei davon ausgegangen worden, dass der Petent sich nicht mehr im Justizvollzug befinde.

Die Verfahrensweise der Justizvollzugsanstalt ist nicht zu beanstanden.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Miller

23.6.2021

Der Vorsitzende:
Marwein